

# Bräuer-Beitrag.

Offizielles Organ aller organisirten Bräuerarbeiter.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mark, für das Ausland 2 Mark pro Quartal. — Inserate die sechsgepaßene Pettzeile 20 Pfg.  
Redaktion: F. Krieg, Linden-Hannover.  
Vorstand des Ausschusses: W. Richter, Berlin, Christburgerstr. 43 a, 4. Etage, rechts. — Vorsitzender der Rechtskommission: Seb. Laut, Frankfurt a. M., Sainerweg 9, 1. Etage.  
Vorstand der Rechtskommission: A. Schäfer, Linden-Hannover, Marthastraße 1, 2. Etage.  
Sämtliche Briefe sind zu adressiren an G. Bauer, Linden-Hannover, Falkenstr. 29, II. — Alle Geldsendungen sind zu richten an F. Kagerl, Linden-Hannover, Falkenstr. 29, II.  
Versammlungsberichte und alles die Zeitung Betreffende sind zu richten an F. Krieg, Linden-Hannover, Falkenstr. 29, 2. Etage.  
— Postzeitungsliste Nr. 1187. —

N<sup>o</sup> 24.

Hannover, den 11. Juni 1898.

8. Jahrgang.

## Die bevorstehende Reichstagswahl.

Schon seit Wochen hallt der Blätterwald der Zeitungen aller Schattirungen und Parteirichtungen wider von dem bedeutungsvollen Kampf, der am 16. Juni ausgetragen werden soll. Der Widerstreit der Meinungen wagt, Anschuldigungen und Gegenbeschuldigungen, Beweise und Gegenbeweise fliegen hin und her, als ob es sich um Sein oder Nichtsein, um Bestehen oder Untergang der Erde handelte. Wer unvorbereitet und in Unkenntniß über die Entwicklung der wirtschaftlichen, politischen oder sozialen Verhältnisse in das Zeitungs-kriegsgetümmel hineinschaut und ein Urtheil über Recht oder Unrecht fällen soll, der steht ratlos da, ihm wird von alledem so dumm, als ging ihm ein Mähkrad im Kopfe herum. Doch wer mit der Zeit mitgegangen ist, wer das Leben und Treiben um ihn, die Wünsche und Absichten der vor nichts zurückstehenden Volksunterdrücker bis in die höchsten Kreise hinauf, auf die es hier allein ankommt, kennt, wer die unheilvollen Folgen der gegenwärtigen anarchisirenden Wirtschaftsverhältnisse täglich an seinem Auge vorüberziehen sieht oder sie schon oft genug verspürt hat und sich noch ein Fünkchen von Nächstenliebe und Menschlichkeitsgefühl, einen freien Blick und den Muth, seine Meinung zu äußern und zu vertreten, bewahrt hat, der weiß wo Recht und Unrecht, wo Lüge und wo Wahrheit zu suchen ist, wo die Vaterlands- und Volksverräther zu suchen sind, und wie recht das unterdrückte, ausgebeutete und ausgehungerte Volk daran thut, diese Vampyrwirtschaft zu bekämpfen und zu beseitigen. In die Reihen der Kämpfer für die Volksinteressen gehört jeder Arbeiter; mit allen Kräften und Wissen hat er zur Wahl und am Wahltage seine Pflicht als Mensch und als Arbeiter zu erfüllen und sich gegen die unerhörte Knechtung und Vergewaltigung, die man beabsichtigt, zu wehren und die reaktionären Unken und Finsterlinge mit ihren Plänen, welche Gewalt als Recht sanktioniren wollen, in ihre lumpigen und schlammigen Schlupfwinkel zurückzutreiben.

Vieles steht auf dem Spiel und heiß wird der Kampf; der Zeitungskrieg ist ein würdiges Vorbild zu dem letzten Akt, der am 16. Juni zur Ausführung gelangt. Und in der That handelt es sich um Bestehen oder Untergang der Welt, in welcher das arbeitende Volk nur allein leben, gedeihen und sich entwickeln kann: um die politische, gewerkschaftliche, wirtschaftliche und soziale Freiheit.

Haben nun die Gewerkschaften Ursache, sich für den bevorstehenden Wahlkampf besonders zu interessieren und eine bestimmte Parteistellung einzunehmen? O ja, aus vielen und sehr schwerwiegenden Gründen! Wenn wir auch innerhalb unserer Gewerkschaft nicht nach der politischen oder religiösen Parteistellung der Einzelnen zu fragen haben und hierin Jedem seine Freiheit lassen — in einer Frage stimmen wir Alle überein: Daß es uns wohl gehen soll auf Erden, daß man uns unsere Rechte und Freiheiten nicht raubt, sondern erweitert. Was die Arbeiter im Einzelnen und die Gewerkschaften, die ganze vorwärtsstrebende Arbeiterschaft im Allgemeinen zu erwarten haben, wenn sie sammt und sonders am Wahltage nicht das thun, was sie in ihrem eigenen Interesse und zum Wohle des arbeitenden Volkes thun müssen, davon später. Zunächst ist das Reichstagswahlrecht in der jetzigen Form in Gefahr. Die Wünsche der Ordnungs-Umsturzparteien nach „Revision“ des Reichstagswahlrechts werden immer lauter und und dreister. Es ist ihnen nicht angenehm, daß sie immer und immer wieder die Klagen des ausgefogenen und unterdrückten arbeitenden Volkes durch den Mund ihrer Vertreter im Reichstag hören müssen. Sie wollen allein unter sich sein; als „Repräsentanten der Nation“, als welche sie sich aufspielen, haben sie nur das eine Interesse: alle Pflichten und Lasten dem arbeitenden Volke aufzuhalsen und die Beute, die sie von ihm auspressen, und die Rechte unter sich zu vertheilen, — und darin werden sie durch die anwesenden Vertreter der Arbeiterpartei gestützt, diese sollen aus dem Reichstage hinaus; über das Wie sind schon eine Menge Vorschläge

gemacht worden. Das Recht zum Wählen soll von 25 auf 30 Jahre hinaufgesetzt werden! Die Arbeiter, die schon mit 20 Jahren „reif“ sind, dem Vaterland zu dienen, und noch viel früher ihr Brot zu erwerben und Steuern zu zahlen, besitzen nach Ansicht dieser „weisen“ Männer bei der Wahl nicht die Fähigkeit, zu entscheiden, welcher Vertreter ihren Interessen entspricht. Geschähe dieses, dann wären  $\frac{1}{10}$ , wenn nicht gar  $\frac{1}{5}$  aller Wähler wahlrechtlos, sie hätten nichts über ihre Geschicke zu bestimmen, über die Wege, welche die Volksvertreter im Reichstag in allen einschneidenden Fragen wandeln sollen. Das geheime Wahlrecht will man abschaffen, damit der Arbeitgeber und die Behörden hübsch kontrolliren können, wer den Mann seines Herzens, den Sozialdemokraten wählt. Die Volksvertretung kann nur dann als ein richtiges Spiegelbild der Volksstimmung gelten, wenn Jeder nach seiner innersten Ueberzeugung wählen kann. Wird das geheime Wahlrecht abgeschafft, so werden Hunderttausende von Arbeitern unter dem Druck der wirtschaftlichen Abhängigkeit entweder garnicht wählen, oder gezwungen werden, ihren größten Feind in wirtschaftlicher und politischer Beziehung zu wählen. Das gleiche Wahlrecht soll fallen. Die Schwere des Wahlrechts soll abgeschafft werden nach der Schwere des Geldsacks, den der Einzelne besitzt. Der „Pöbel“, das arme „Arbeiterpad“, das alle Wertje, den Nationalreichtum schafft, sich von seiner Hände Arbeit kümmerlich ernährt, Gut und Blut für das Vaterland und sein Mark und seine Arbeitskraft für die Ausbeuter opfert, soll, wenn es allergnädigst zur Wahl zugelassen wird, nur eine Stimme haben, dagegen sollen die Herren der besitzenden Klasse je nach der Fähigkeit und dem Erfolg, mit welchem sie ihr Vermögen sich erarbeiten lassen und oftmals genug zusammengaunern, nach ihrem Reichtum abgeschätzt werden und entsprechend so viel Stimmen abgeben können. Weiter soll nur Derjenige wählen können, welcher nach Erreichung des Alters ein oder mehrere Jahre an einem Orte anfassig ist. Auch möchte man gern einer bestimmten Parteirichtung (den Sozialdemokraten) ganz das Recht nehmen, zu wählen und gewählt zu werden. Ferner ist auch der Vorschlag gemacht worden, aus den kapitalistischen Cliques-Parlamenten, den Landtagen, zwei Drittel der Reichstagsabgeordneten zu wählen und die Uebrigen durch eine allgemeine Wahl. Auf alle Fälle wird man in irgend einer Weise dem arbeitenden Volk sein Recht, seine Vertreter nach Ueberzeugung, Recht und Billigkeit zu wählen, nehmen, wenn der neue Reichstag nicht derartig zusammengesetzt ist, daß den Herren da oben die Lust hierzu vergeht.

Nicht allein das Reichstagswahlrecht, auch das Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht der Arbeiter ist den reaktionären Parteien schon lange ein Greuel. Die verunglückte Umsturzvorlage des Aden von der Recke, welche die Herren da oben mit sammt der ganzen reaktionären Meute wider sinniger Weise als die Einlösung des Versprechens des Reichstagslers, das Verbindungsverbot der Vereine untereinander aufzuheben, bezeichneten, wurde im Abgeordnetenhaus mit nur vier Stimmen Majorität abgelehnt. Im Reichstag konnte man nicht auf Annahme rechnen, weil dort die „Volksvertreter“ ihren Wählern, der breiten Masse des Volkes über ihr Thun und Lassen Rechenschaft ablegen müssen und diese hätten bei der nächsten Wahl die Räuber ihrer Rechte dahin geschickt, wo der Pfeffer wächst; deshalb flüchtete die fürsorgliche Regierung mit diesem Knebelgesetz für die Arbeiter in die Dunkelkammer des Abgeordnetenhauses. Es war aus den ganzen Verhandlungen zu ersehen, daß das Knebelgesetz bestimmt zur Annahme gelangt wäre, wenn die Gewerkschaftsorganisationen noch mehr gekroffen werden wären und wenn die Neuwahlen nicht vor der Thür gestanden. Nach dieser Umsturzvorlage konnten die Vereine und Versammlungen ganz unter polizeiliche Aufsicht gebracht und zu jeder beliebigen oder gelegenen Zeit aufgelöst werden. Das Koalitionsrecht wäre dahin, den Arbeitern wäre jede Waffe zum Kampfe um bessere Arbeits-

verhältnisse genommen, sie wären willen- und machtlos, ganz der Willkür Aller preisgegeben, die Mittel und Lust hätten, sie zu schinden und auszubeuten. Von der Zusammensetzung des neuen Reichstages hängt es ab, ob eine ähnliche „verbesserte“ Umsturzvorlage wieder erscheint und Geseh wird, kraft dessen auf die „unzufriedenen“ Arbeiter laut groben Unfugs-, Streitposten- und Kontraktbruchparagrafen die Strafen von monatelanger Einsperrung nur so herniederfallen würden. In dieser Beziehung wird schon jetzt Unerhörtes geleistet, doch das genügt der Kapitalistenklasse und der Regierung nicht, sie wollen die Arbeiter vollständig unterdrücken. Die Stimmen der einflussreichen Personen à la Stumm, die derartiges verlangen, mehren sich und die Regierung wird sich wenig sträuben, sie muß thun und thut es schließlich auch gern, was die allmächtige Kapitalistenklasse befiehlt, „halb jog sie sie, halb sank sie hin“. Wenn noch Zweifel darüber bestehen sollten, ob die Regierung zu diesen finsternen Plänen der entragtesten Kapital- und Autoritätenproben die Mithilfe gewähren werde, so muß ob der Rede des Ministers Grafen von Posadowsky über diese Frage aller Zweifel schwinden. Nach des Herrn Grafen Ansicht bedürfen die Arbeiter des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts nicht so nöthig, weil sie ja das Wahlrecht zum Reichstag haben. Der Eifer, mit welchem der Herr Graf die Arbeiterbewegung nach seiner Angabe verfolgt, und seine einseitige irreführende Auffassung der Vorgänge bei den wirtschaftlichen Kämpfen, das rührend eifrige Bestreben der Regierungsmänner, einschließlich Posadowsky, die Winke und Wünsche Königs Stumm und ähnlicher größter Arbeiterfeinde verstehen zu lernen und pflichtschuldigst auszuführen, sein zu verschiedenen Zeiten allergnädigst gedäherter Mithuth über die „Auswüchse“ der Koalitionsfreiheit, über etwa vorgekommene kleine Vergehen nach den Gesehesparagrafen bei Streiks, schließlich der berüchtigte „geheime Erlass“ und die jetzt wieder von ihm angeregte und befohlene Statistik über Vorkommnisse und besondere Einzelheiten bei Streiks zc., decken sich vollständig mit jener Aussprache und seiner Herzensmeinung und zeigen uns, wessen sich die Arbeiter und deren Organisationen zu versehen haben, wenn der Herr Graf und seine „Kollegen“ von der Regierung durch eine hilfsbereite und willfährige Konstellation des Reichstages in die Lage versetzt werden, ihre und der ganzen „Ordnungsmeute“ Herzenswünsche in die That umsetzen zu können. Ferner besteht der sehnlichste Wunsch, die Freizügigkeit derart zu beschränken, daß dem Arbeiter es fast unmöglich gemacht werden soll, seine Stelle, den Ort seiner Thätigkeit zu verlassen, zu wechseln; er wäre gebunden, in Fesseln geschlagen, dem Unternehmertum und der Polizei ausgeliefert.

Aber auch die unausbleiblichen Zustände auf wirtschaftlichem Gebiet, die ein reaktionärer Reichstag unwiderruflich schaffen würde, berühren und schädigen die Interessen der Arbeiter in einem solchen Grade, daß es unerantwortlich wäre, wollten die Gewerkschaften, welche die Interessen ihrer Berufsangehörigen zu vertreten und zu fördern berufen sind, ruhig beiseite stehen und nicht mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht den die unheilvollsten Folgen heraufbeschwörenden, beabsichtigten Maßnahmen der Vertreter der herrschenden Klasse wehren.

Hier haben wir zunächst die Vertheuerung der Konsumartikel der breiten Masse des Volkes und vornehmlich der Arbeiter durch Zölle, Verbrauchsabgaben zc., deren Ausgangspunkte in entgegengesetzter Richtung als die Interessen der Arbeiter liegen und mit allerlei widerspruchsvollen Motiven dem Volke aufgehalst wurden, um den reichen Herren die Taschen zu füllen und tüchtig Steuern zusammenzubringen. Bis zum Jahre 1880 gab es in Deutschland keinen Getreidezoll, erst der Reichstag, der im Jahre 1878 unter dem Einfluß des Attentatschreckens und -schwindels zu Stande kam, war ein wirklicher Helfer für die Ausbeuter des Volkes. Damals wurde der Zoll pro 100 Kilogramm Weizen, Roggen und Hafer auf 1 Mk. festgesetzt, im Jahre 1885 auf 3 Mk. für Roggen und Weizen und auf 1,50 Mk. für Hafer und Gerste, und im Jahre 1887 — in dem

"Angst-Reichstag", der unter dem Boulanger- und Kriegsschwindel erstand — auf 5 Mk. für Roggen und Weizen, 4 Mk. für Gerste, und 2,25 Mk. für Hafer erhöht. Somit war das Pfund Brot um 3 Pfg. verteuert. Das kolossale Wachstum der Sozialdemokratie nach diesem "Angst-Reichstag" und seinen Beschlüssen brachte die Regierung und herrschenden Klassen zur Besinnung, und ganz nach dem Ausspruch des früheren Reichskanzlers Grafen von Caprivi: daß bei allen Maßnahmen, die von regierungs- und gesetzeswegen getroffen werden, Rücksicht auf die Sozialdemokratie genommen werden muß, wurde während seiner Kanzlerzeit durch den Abschluß der Handelsverträge der Zoll für Roggen und Weizen auf 3,50 Mk., für Gerste auf 2 Mk. erniedrigt. Hiernach betrug die Verteuerung des Brotes "nur" 2 Pfg. pro Pfund.

Der "Angst-Reichstag" von 1887 brachte dem deutschen Volke auch noch eine andere immense Verschlechterung, die fünf- anstatt der dreijährigen Legislaturperiode. Die Neuwahlen brauchten nachdem erst fünf anstatt nach drei Jahren stattzufinden, wenn der Reichstag regierungs- und reaktionsfreundlich und volksfeindlich genug war und zu keiner Auflösung geschritten werden brauchte. Wie in fünf Jahren das Volk geschädigt werden kann, wenn nicht die richtigen Volksvertreter im Reichstag ausschlaggebend sind, das hat die letzte Zeit mit ihren Militär- und Flottenbewilligungen bewiesen, und welche Belastungen dem deutschen Volke in Aussicht stehen, wenn wiederum ein ähnlicher Reichstag zu Stande kommen sollte, dafür liefern uns außer den vorangeführten finsternen Plänen das immer dreister werdende Verlangen des Bundes der Landwirthe, Kautz, Plöz und Konforten, auf Erhöhung der Getreidezölle, Garantierung eines hohen Normalpreises von reichswegen den besten Beweis.

Die Getreidezölle von 3,50 Mk. pro 100 Kilogramm betragen jährlich eine Mehrbelastung auf den Kopf der Bevölkerung von 30,40 Mk., bei Zöllen von 5 Mk. 43,42 Mk.; nach den Wünschen der Agrarier, wenn sie Gesetz würden, würde die Belastung pro Kopf 70—80 Mk. betragen, resp. das Pfund Brot 6 Pfg. theurer werden. Außerdem kommen noch die indirekten Steuern hinzu, die z. B. beim Salz 6 Pfg. auf das Pfund ausmachen; alle diese Zölle und Verbrauchsabgaben zusammengerechnet, machten im Jahre 1876—77 34,50 Mk., im Jahre 1895—96 81,25 Mk., und nach den Vorschlägen der Agrarier würden sie 110—120 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung ausmachen. Was das für eine starke Arbeiterfamilie, deren Ernährer schlecht entlohnt wird, bedeutet, kann sich ein Jeder selbst ausrechnen. Damit ist den Agrariern noch lange nicht gedient, sie dringen noch auf eine weitere Erhöhung der Zölle, angeblich, um der nothleidenden Landwirtschaft zu helfen, in Wahrheit aber, um für die Großgrundbesitzer die Taschen zu füllen, zum Schaden aller anderen Gewerkszweige.

Eine weitere Erhöhung der Zölle zwingt auch das Ausland zu denselben Maßnahmen; die einheimischen Produkte, die exportirt werden, würden ebenfalls im Ausland mit höheren Zöllen belegt werden, die Exporteure würden nicht mehr so viel verdienen und würden den Ausfall an Verdienst durch Lohnreduzierungen wett zu machen suchen. Nicht allein, daß die Arbeiter die durch die Zölle natürlicher Weise hervorgerufene Verteuerung der Lebensmittel zc. zu tragen hätten, sie würden sich auch bald gegen Lohnreduzierungen zu wehren haben und schweren wirtschaftlichen Kämpfen entgegengehen, und davon hätte auch die wirklich nothleidende Landwirtschaft eher Schaden als Nutzen.

Ferner ist noch die nicht unmöglich erscheinende weitere Belastung des Volkes durch eine abermalige Erhöhung der indirekten Steuern auf bestimmte Gebrauchsartikel in vielleicht nicht allzuweite Ferne gerückt, und zwar durch die Bewilligung der Verstärkung der Flotte im verschlossenen Reichstag. Die einmaligen Ausgaben für die bewilligten Schiffe sind auf 470,2 Mill. Mk. innerhalb sechs Jahren festgesetzt, oder im Ganzen 997 Mill. Mk. für denselben Zeitraum. Die jährliche Ausgabe für die neu bewilligten Schiffe soll 117 1/2 Mill. Mk. im Jahre nicht übersteigen. Für den Fall, daß die Reichsmittel hierzu nicht langem, hätten die sozialdemokratischen Abgeordneten beantragt, den Mehrbetrag durch eine progressive Einkommensteuer von den jährlichen Einkommen von 6000 Mk. an zu decken. Dieser Antrag, sowie der Richter'sche, der die Vermögen besteuern wollte, wurden nicht angenommen, sondern nur beschlossen, daß der Mehrbetrag nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichssteuer gedeckt werden soll. Dieser Beschluß schützte die Arbeiter vor gar nichts; man wird dem arbeitenden Volk schon, wenn es nothwendig wird, unter dieser oder jener Motivierung die Mehrzahlung durch höhere indirekte Steuern auf Bier, Tabak u. s. w. aufbürden; es wurde schon öfter so gemacht. Die Arbeiter werden auch da wieder bluten müssen, denn die indirekte ist ja die Lieblingssteuer der Regierung, weil sie viel einbringt und der arme Mann es "nicht merkt", wenn er bei jedem Groschen für Nahrungsmittel zc. so und so viel Pfennig Steuern zugehen muß, — und für die besitzenden Klassen, weil sie am wenigsten davon betroffen werden. Diese verbrauchen von den besteuerten Artikeln auch nicht viel mehr und betragen bei gleicher Kopfzahl der Familien die indirekten Steuern bei einem Einkommen von mehr als 1 Mill. Mk. nur 1 Proz. — mit der Abnahme der Einkommen geht

Hand in Hand die Zunahme der Prozente — bei einem Einkommen von 900 Mk. 7—8 Proz. Das arbeitende Volk wird am 16. Juni dafür zu sorgen haben, daß diese Pläne vereitelt werden.

Es ist auch als sicher vorauszusehen, und bestimmte Absichten sind in die Deffentlichkeit gedrungen, daß, wenn ein in der Mehrheit reaktionärer Reichstag zu Stande kommt, auch den Gewergerichten und Arbeiter-Sekretariaten an den Fragen gegangen wird. Nicht minder schädlich für die Arbeiter sind die allerneuesten Pläne der Regierung, wie ein Erlaß des Eisenbahnministers befaßt, daß in Zukunft mehr als bisher ausländische Arbeiter herangezogen werden sollen. Zwar bezieht sich dieser Erlaß vorläufig nur auf den Eisenbahnbetrieb, jedoch ist die Liebe der Agrarier zu den billigen und bedürfnislosen Chinesen sehr groß. Die Regierung, ihrem ständigen Grundsatze getreu, wird ihnen nicht nachsehen und ihnen hierbei behilflich sein, resp. mit gutem Beispiel vorangehen; und wo Alles den billigen Chinesen liebt, kann auch der Industrielle nicht hassen. Auch dieser wird uns bald mit Schmuckkonurrenten aus dem "gepachteten" Lande beglücken und mit seiner Hilfe die Lebenslage der einheimischen Arbeiter auf das niedrigste Niveau herunterdrücken und die "Unzufriedenen" kirre machen.

Wenn diese Pläne der reaktionären Elemente verwirklicht würden, wenn den Arbeitern das Reichstagswahlrecht bis zur Unbrauchbarkeit entzogen, das Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht genommen, die Freizügigkeit aufgehoben, die Lebensmittel verteuert würden, dann wäre ein Zustand geschaffen, der diesen "Ordnungsmännern" schon lange im Traume vorlief: Den Arbeitern statt Brot Mehl geben, sie vor die Bajonette treiben zu können, wie man es gegenwärtig in Italien gemacht hat.

Alle diese Pläne, die sich immer mehr verdichten und greifbare Gestalt annehmen werden, sobald die geeignete Zeit da ist, sind zum Theil als "vertraulich", zum Theil durch unvorsichtige Aeußerungen laut geworden, auch zeigt uns ja der "Sturz" ganz genau, wohin wir steuern. Die sozialdemokratische Presse hat das "Glück" und das Verdienst, diese sauberen Pläne bei Zeiten zu erfahren und aufzudecken und brachte diejenigen, welche den Arbeitern die letzten Reste von Freiheit rauben und ihre Lebenslage in jeder Weise verschlechtern, sie knebeln wollen, unachtsamlich auf die öffentliche Anklagebank. Und was haben diese zu ihrer Vertheidigung? Nichts als Ableugnung, Lüge und Verleumdung nach der allbekanntesten Mode. Ableugnung in öden, nichtsagenden Worten, die ihnen Niemand glaubt und sie selbst auch nicht. In Ermangelung zutreffender Vertheidigungsgründe stützen sie wieder den mit Lüge und Verleumdung gewürzten Kofel auf: Die Sozialdemokratie will die Familie, die Ehe, die Religion, das Vaterland zerstören, das Eigenthum theilen und dergleichen Mäthchen. Das blöde Gerede ist auch schon in ihren Streifen zur Lächerlichkeit geworden. Wer anders zerstört die Familie und die Ehe, als diese selben Schwäger, die als Vertreter des Kapitalismus die wirtschaftliche Unordnung weiter erhalten und ausbauen wollen, die immer mehr Männer arbeitslos machen und immer mehr billige Frauen und Kinder in die Fabrik treiben, oder sie dazu verdammen, Tag und Nacht zu Hause zu arbeiten, wollen sie nicht ganz verhungern. Wer die Religion zerstört, haben wir nur allzu treffend an dem jüngsten Beispiel gesehen, wo den frommen Bergarbeitern mit geistlicher Genehmigung 7 Feiertage geraubt wurden, ohne daß Tausende andere Beispiele anzuführen nothwendig wären, die sich täglich vor unseren Augen abspielen, wo die Religion dem Geldsack, der Ausbeutung weichen muß. Und auf das "Vaterland" pfeift die ganze Kapitalistenklasse, ihr "Vaterland" ist dort, wo sie am meisten Geld einfassen kann. Das Kapital ist international und seine Träger geben keinen Deut auf und für das Vaterland, wenn sie nichts dabei verdienen und ihnen nicht ein sicherer materieller Gewinn in Aussicht steht.

Wir wissen, was die Sozialdemokratie für die Arbeiter geleistet hat, und selbst Männer, die nicht zur Sozialdemokratie gehören, haben dies wiederholt anerkannt und anerkennen müssen. So hat Herr Röske, Generaldirektor der Schultheißbrauerei, im Anfang dieses Jahres im Reichstag erklärt: Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, welche die Interessen der Arbeiter in ehrlicher und energischer Weise vertritt. — Und Fürst Bismarck im November 1884 im Reichstag: Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und nicht eine Menge sich vor ihnen fürchtete, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt bisher in der Sozialreform gemacht haben, auch noch nicht existiren.

Jawohl, Sozialreform, Arbeiterschutz wollen wir haben. Arbeit für Alle, Verkürzung der Arbeitszeit, angemessenen Lohn, Sonntagsruhe, Versorgung der arbeitsunfähigen Arbeiter, das sind Pläne und Ziele, des Schwelgers der Geldsten werth — nicht noch weitere Ausbeutung und Knechtung — und in diesem Bestreben steht uns nur die Sozialdemokratie zur Seite.

Ich bedaure, daß es noch Leute giebt, die die Gefahr nicht erkannt haben, und die über diese Gefahr eingeschlafen sind; wir werden Alles thun, um das deutsche Volk aus diesem Schlafe aufzurütteln! sagte Graf Posadowsky in Bezug auf die Sozialdemokratie. Auch wir haben die Gefahr erkannt, nur von der entgegengesetzten Seite, und auch wir müssen alles thun, um das deutsche Volk resp. unsere Kollegen aus dem Schlaf aufzurütteln. Für all die

Ungerechtigkeit und Unterdrückung, die wir von Seiten des Unternehmertums und der herrschenden Gewalten erlitten haben und deren Urs noch mehr zugebracht sind, haben wir am 16. Juni eine kräftige Quittung zu ertheilen, indem wir Mann für Mann für die Sozialdemokraten stimmen.

## Zur Beachtung für die bevorstehende Reichstagswahl.

Wer nicht in der Wähler-Liste steht, darf nicht wählen!

Bekanntmachung der Wahl.

Die Abgrenzung der Wahlbezirke, Tag und Stunde der Wahl und das Wahllokal muß mindestens acht Tage vor dem Wahltermin von den Ortsbehörden durch die Amtsblätter bekannt gemacht werden. Eine Verletzung dieser Frist stellt die Gültigkeit der Wahl in Frage.

Der Wahltag.

Die Wahl beginnt Vormittags 10 Uhr und dauert ununterbrochen bis Abends 6 Uhr. Früher darf die Wahl nur geschlossen werden, wenn sämtliche in der Liste stehenden Wähler ihre Stimme abgegeben haben.

Die ganze Wahlhandlung und die Feststellung des Resultats ist öffentlich, das heißt, es darf keinem Wähler untersagt werden, sich im Wahllokal aufzuhalten und den Gang der Wahl zu überwachen. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob der Wähler, der sich im Wahllokal aufhalten will, im Orte oder Bezirk wahlberechtigt ist oder nicht. Das geht nicht nur aus dem Gesetz (§ 9) hervor, das hat auch für Preußen der Minister des Innern noch besonders in folgender Verordnung hervor-gehoben:

"Nachdem der Reichstag bei einer Wahlprüfung für erwiesen erachtet hat, daß in mehreren Orten während der Wahlhandlung für den Reichstag Vertrauensmänner der sogenannten Arbeiterpartei, welche sich im Wahllokale eingefunden hatten, ohne in dem Wahlbezirk berechtigt zu sein, aus diesem Grunde ausgewiesen worden sind, erlaube ich Euer Hochwohlgebornen ergebenst, derartigen, mit der Bestimmung über die Deffentlichkeit der Wahlhandlung in § 9 des Wahlgesezes vom 31. Mai 1886 nicht vereinbarten Vorkommnissen in Zukunft durch entsprechende Anweisung an die Wahlvorsteher gefälligst vorzubeugen. Ich mache hierbei darauf aufmerksam, daß der erwähnte § 9 die Anwesenheit bei der Wahlhandlung allen wahlberechtigten Deutschen gestattet, ohne Rücksicht auf den Wahlbezirk, dem sie angehören.

Berlin, 18. Juli 1892.

Der Minister des Innern. Herrfurth.

An die sämtlichen Herren Regierungspräsidenten.

Jeder, der die Absicht hat, in einem fremden Ort die Wahl zu überwachen, versehen sich mit genügendem Ausweis über seine Eigenschaft als Wähler.

Im Wahllokale dürfen weder Reden gehalten noch Beschlüsse gefaßt werden. Im Wahllokale dürfen keine Stimmzettel vertheilt werden; auch ist es nicht gestattet, Stimmzettel im Wahllokale zu schreiben oder sonst herzustellen.

Der Tisch, an dem der Wahlvorstand Platz nimmt, muß von allen Seiten zugänglich sein. Auf den Tisch ist die Urne — ein verdecktes Gefäß — aufzustellen und Wahlgesez, sowie Wahlreglement auszuliegen.

Vor Beginn der Wahl hat sich der Wahlvorstand zu überzeugen, daß die Urne leer ist. Bei einer gut geleiteten Wahl wird die Urne dann versiegelt und nicht eher wieder geöffnet, bis die Wahl geschlossen ist. Die Stimmzettel werden in solchem Falle durch einen im Deckel angebrachten Schlitze gesteckt.

Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, tritt an den Wahlstisch, nennt seinen Namen und Wohnort bezw. Straße und Hausnummer. Hat der Protokollführer seinen Namen in der Liste gefunden, dann übergibt er seinen zusammengefalteten Stimmzettel dem Wahlvorsteher, der ihn unersöffnet in die Urne zu legen hat. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier sein und keine äußeren Kennzeichen tragen. Stimmzettel dürfen weder offen oder so gefaltet abgegeben werden, daß der Name des Kandidaten sichtbar ist, noch dürfen sie vom Wahlvorstand geöffnet werden. Derselbe hat nur das Recht zu prüfen, ob der Zettel gezeichnet ist oder ob mehrere Zettel zusammengefasst sind.

Ungültig sind Stimmzettel, die nicht von weißem Papier oder welche mit einem äußeren Kennzeichen versehen sind;

Stimmzettel, die keinen oder keinen lesbaren Namen tragen;

Stimmzettel, aus welchen die Person des Gewählten nicht zu erkennen ist;

Stimmzettel, welche mehr als einen Namen tragen;

Stimmzettel, die einen Protest oder Vorbehalt enthalten.

Giltig dagegen sind Stimmzettel, auf denen der Name des Kandidaten durchstrichen und dafür der Name eines anderen Kandidaten geschrieben wurde.

Gezeichnete Zettel oder solche, die nicht von weißem Papier sind, hat der Wahlvorsteher sofort zurück-zuweisen.

Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen! Es ist durchaus nicht gestattet, etwa am Wahltag noch Eintragungen in die Liste vorzunehmen.

Jeder Wähler muß selbst zur Wahl gehen; es ist nicht gestattet, seinen Stimmzettel durch Stellvertreter abgeben zu lassen.

Um 6 Uhr ist die Wahl zu schließen. Selbst Diejenigen, welche sich schon im Wahllokale befinden, dürfen nach 6 Uhr ihre Stimmen nicht mehr abgeben. Es gehe daher Jeder rechtzeitig zur Wahl!

Der Wahlvorsteher hat nach Schluß der Wahl die abgegebenen Stimmzettel zunächst geschlossen zu zählen, dann erst werden sie laut verlesen, wobei der Protokollführer die Stimmen der einzelnen Kandidaten laut zu zählen hat.

Zu keiner Zeit der Wahlhandlung dürfen weniger als 3 Mitglieder des Wahlvorstandes im Wahllokale zugegen sein.

#### Wahlvorbereitungen.

Jedwede Verbreitung von Stimmzetteln und Wahlflugblättern darf vom Tage der Wahlanzeige bis zur Beendigung der Wahl nicht gehindert werden. Während dieser Zeit können auch Wahlbroschüren auf Straßen und Plätzen verbreitet werden.

Zur Beschlagnahme von Flugblättern ist die Polizei nur befugt, wenn der Name des Druckers oder Verlegers fehlt, wenn das Flugblatt Aufforderung zum Hochverrat, Majestätsbeleidigung, Aufforderung zu Gesetzesübertretungen, Aufreizung zu Gewaltthätigkeit oder unsittliche Darstellungen enthält.

Wiedereinsammeln der Flugblätter aus den Häusern ist unter keinen Umständen gestattet — auch dann nicht, wenn dieselben vorbezeichnete Vergehen enthalten!

Kein Flugblattausdräger darf verhaftet werden — es sei denn, daß er ein „heimathloser Landstreicher“ oder Ausländer ist — und sich bei dem Austragen einer strafbare Handlung zu schulden kommen läßt. Oder auch, wenn das Flugblatt eines der oben angeführten Verbrechen enthält.

Die Stellen, welche das Verbrechen darstellen sollen oder die strafbare Handlung bei der Verbreitung müssen bei der Festnahme genau angegeben werden.

Stimmzettel gelten nach ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung nicht als Druckschriften und ihre Verbreitung unterliegt daher auch keinerlei Beschränkung. Die Hinderung der Verbreitung von Stimmzetteln oder deren Beschlagnahme hat die Ungültigkeit der Wahl zur Folge.

Plakate mit Wahlaufrufen können in Sachsen angeschlagen werden, doch bedarf es dazu der Genehmigung der Polizei.

Kein Wähler darf verhindert werden, sein Wahlrecht auszuüben! Das Strafgesetzbuch bestimmt:

Wer einen Deutschen durch Gewalt oder Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, . . . zu wählen oder zu stimmen, wird mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten oder mit Festungshaft bis zu 5 Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar.

Wählern mit Nachtheilen drohen oder ihnen Vortheile in Aussicht stellen, wenn sie ihre Stimme diesem oder jenem Kandidaten geben, ist selbstverständlich strafbar und führt unter Umständen zu strafrechtlicher Verfolgung. Die Beeinflussung durch die Unternehmer wird vom Reichstag in der Regel sehr streng beurtheilt und sie führt immer zur Ungültigkeitserklärung der Wahl, wenn das Wahlgeheimniß verletzt wurde, wenn sich also der Unternehmer herausnahm, die Abstimmung seiner Arbeiter zu kontrolliren. Außerdem ist eine solche Beeinflussung, wenn sie mit Versprechungen verbunden ist, als Stimmenkauf aufzufassen und nach § 109 des Str.-G.-B. strafbar. Dieser Paragraph lautet:

Wer in einer öffentlichen Angelegenheit eine Wahlstimme kauft oder verkauft, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

### Korrespondenzen.

Die Kollegen in Sagen i. Westfalen sind in den Ausnahmestunden. Zug ist fern zu halten.

**Hannover.** Recht idyllische Zustände sollen, wie uns geschrieben wird, noch in der Brauerei Eichhorn, Lichtenfels, herrschen. Arbeitszeit von früh 4 Uhr bis Abends 7 und 7 1/2 Uhr, dazwischen 3 Essenspausen, zusammen 2 Stunden. Der Lohn beträgt für den 1. Burschen 75—80 Mk., für den Bierknecht 70 Mk., die übrigen 60 Mk. Neben 4 Burschen sind 2 Lehrlinge im Betriebe; deren Entlohnung liegt mehr in der Erziehung von Hieben seitens des Braumeisters Gruber, als in klingender Münze. „Schützen müssen Alle wie das Vieh“, heißt es in der Zuschrift; Sternemirch schlecht, meistens Vorlaufbier, halb Wasser, welches der Gesundheit der Leute nachträglich ist. Der Braumeister ist „groß wie die Sünde“, nach vierstündigen Arbeiten trauen sich die Leute noch nicht zu stehen, weil der Herr Braumeister dann den ganzen Tag randaliert: den ganzen Tag saufen, aber arbeiten nicht; er selber trinkt gutes, auf Flaschen gezogenes Bier. Prügel für die Burschen ist nichts Seltenes, einem derselben hat er den Arm fast kaputt geschlagen, wofür er fest hat zahlen müssen — es scheint noch nichts geholfen zu haben. Wer von der Organisation spricht, wird bald an die Luft gesetzt. — Schalander und Schlafzimmer ist eins, der Tisch sieht aus wie ein schlechter Fußboden, Alles läßt zu wünschen übrig. Die Behandlung von Seiten des Prinzipals ist eine bessere. — Wie anheimelnd dies Alles klingt, in dem Kautenreich des gottbegnadeten Baren kann es kaum schlechter sein. Das ist der Boden, auf dem die „Harmonie“ geblüht und das Brauereigefühl zum „Ansehen“ und „Ehre“ gebracht wird. Daß der Herr Braumeister ein eifriger „Förderer“ des letzteren sein wird, erklärt sich aus seinem Gage gegen unsere Organisation. Die „Braumeister-Zeitung“ hat dies einmal: Die Streikführer sähen die Unzufriedenheit und predigen offen den Krieg gegen alle ihre Gegner, weshalb sollen wir da nicht kurzen Prozeß machen und die, welche uns den Krieg erklären, aus unserer Nähe entfernen, da wir dies doch können. . . . Wenn wir die, die uns den Krieg erklärt haben und zwar mit einer Frechheit sondergleichen, wenn wir diese ausschließen, dann beschuldigen sie uns der Ruchheit und sagen, wir werfen sie auf die Straße. Derartige Gebahren erinnert nur an ungesegnete Sassenbuben. Daß es vor dem Ver-

stehen des Verbandes an vielen Stellen noch ebenso und noch schlechter in Bezug auf Behandlung, Entlohnung und Arbeitszeit aussah, wie hier geschildert wird, ist gewiß, und das ist lediglich ein Verbleib unserer Organisation, der „Unzufriedenheit“ ist, daß es jetzt in dieser Beziehung bedeutend besser aussieht, wird auch der verböhrteste der Frieden predigenden Fanatiker nicht bestreiten können. Die „Braumeister-Zeitung“ (vormaliges Eigentum) nennt das Verlangen der Brauereiarbeiter, nicht mehr für etwa 80 Mk. bei übermäßiger Arbeitszeit zu arbeiten und, anstatt Lohn oberdrein noch Prügel einzustrecken, dafür anständige Behandlung, anständigen Lohn und Arbeitszeit zu erhalten, eine „Freiheit sondergleichen“, deshalb ist mit diesen „Gegnern“ kurzer Prozeß zu machen, sie aus unserer Nähe zu entfernen, „da wir dies lediglich in dem Bestreben, für unsere Kollegen menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen, das ist eine Kulturthat, die nicht hoch genug angesehen werden kann. Wenn nun die Herren Braumeister diesem Bestreben als Vertreter der Unternehmer sich nur entgegenstellen, so thun sie das, was das Unternehmertum von ihnen verlangt, nicht aber das, was sie als Leute, die aus unseren Reihen hervorgegangen sind und jeden Augenblick in dieselben zurückkehren können, thun sollten, und schaffen somit verkehrter Weise die Gegnerschaft selbst, ganz abgesehen davon, daß sie das Recht auf Verbesserung ihrer Lage wohl für sich in Anspruch nehmen, dies uns aber, wo unsere Lage doch viel verbesserungsbedürftiger ist, nicht zugehen wollen. Und wenn diese Herren dann noch mit solchen Mitteln gegen uns arbeiten, wie es in der „Braumeister-Zeitung“ empfohlen wird, und wie wir so unangenehme Male und auch jetzt wieder bei Herrn Gruber konstatiren müssen, dann darf es Niemand wundern, wenn man das Ruchheit nennt. Herr Gruber ist einer von denen, die nach dem Rezept der „Braumeister-Zeitung“ arbeiten. Ob die „Braumeister-Zeitung“ heute noch auf demselben tiefen Standpunkt steht, wissen wir nicht, wir wissen aber, daß eine ganze Anzahl Braumeister einer vernünftigeren Anschauung Raum gegeben haben und eine ganze Anzahl es noch thun werden. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die immer mehr Braumeister überflüssig macht, und unsere Organisation haben und werden hierbei kräftig mithelfen.

**Hannover.** Auch in der Kleinsten Malzfabrik, Scharber u. Sandfort, Mierstein, sind die Arbeitsverhältnisse und Behandlungsweise äußerst traurige. Wie uns geschrieben wird, leiden die Kollegen auch unter denselben Verhältnissen, die wie anderswo auch, die traurigsten Folgen zeitigen. 400 Zentner Malz müssen täglich hergestellt werden. 14 Paufen zu 65 bis 120 Zentner, und dazu sind fünf Darren von 9 bis 12 Mann, darunter 5 Brauer, zu bearbeiten. Wunderbarer Weise erhalten die drei Verbandskollegen immer die großen Paufen und die Kollegen vom Bund die kleinen, zusammen sollen sie jedoch fertig sein. Im Allgemeinen leiden Alle unter der schweren Arbeit und unter der Behandlung des Vize-Obermalzers Scholtes. Den ganzen Tag hört man nichts wie Vorwärts, los, immer stot, macht, daß wir fertig werden, und trotzdem wird jeden Tag ungefähr eine Stunde über elf Stunden gearbeitet, die in der Arbeitsordnung vorgeschrieben sind. Auch fehlt dazu das nöthige Schimpfen nicht: Lumpen, Tagelöhne u. s. w.; Hiebe möchte er obendrein auch noch gern austheilen. Ob die Betriebsleitung von alledem, was ihre Arbeiter bedrückt, nichts weiß, oder ob sie es so als in der Ordnung hält? Allem Anschein nach wird hier nicht früher Besserung eintreten, als bis die Arbeiter selbst Hand anlegen, und sollte man meinen, daß derartige Zustände den Drang nach engerem Zusammenhalt zwecks Abhilfe fördern müßten, wenn nicht manche Menschen beliebten, ihren „Jopf“ mehr zu lieben als sich selbst.

**Chemnitz.** Bericht über die Lohnbewegung. Die Lohnbewegung in der Chemnitzer Feldschlösschenbrauerei, deren erfreulicher Ausgang in der vorigen Nummer der Zeitung gemeldet wurde, wurde eingeleitet durch die am 8. Mai aufgestellten Forderungen, die sich mit den erreichten Zugeständnissen decken. Am 15. Mai verhandelten die Kollegen Goldammer und Rudolph mit dem Herrn Direktor und Braumeister Wagner. Das Resultat war: Bewilligung der zehnständigen Arbeitszeit; alle übrigen Punkte wurden abgelehnt durch die Verweigerung: Wegen Minimallohn lasse ich mir keine Vorwürfe machen, und wenn das nicht gefügt, kann selber Wege gehen. — Auf diesen Beschluß hin wählte nun der „Verein zur Förderung der Gewerkschaftsbewegung in Chemnitz und Umgegend“ die Mitglieder Mag Berger und Hermann Seyler, welche am 18. Mai nochmals mit vorgenannten Herren verhandelten, wobei auch auf Anregung Seyler's Kollege Goldammer mit herangezogen wurde. In dieser Verhandlung wurde nun erzielt: Arbeitszeit 10 Stunden; Minimallohn 21 Mk. pro Woche bei wöchentlichem Auszahlung, nach einem halben Jahre 22 Mk., nach einem ganzen Jahre 23 Mk. pro Woche. Sonntagsarbeit 2 Stunden, Ueberstunden mit 5 Pf. mehr als die gewöhnliche Arbeitsstunde. Sonntags-du jour 3 Mk. für Brauer und Böttcher. Für Bierfahrer 18 Mk. pro Woche Lohn und für jedes leere Fass jurid 1 Pf. Die Bezahlung der Sonntags-du jour mit 2.50 Mk. wurde abgelehnt. Da nun dieses Resultat hauptsächlich die Bierfahrer nicht befriedigte, konnte, außerdem Sonnabend, den 21. Mai, der Oberbursche Peters plötzlich entlassen wurde (wie sich später herausstellte, nur aus dem Grunde, weil er sich weigerte hatte, die Kollegen Vinus Feuter und Paul Goldammer zu entlassen, da der Braumeister diese für die Urheber der Bewegung hielt), auch recht ehrenwürdige Bemerkungen des Braumeisters über ältere Arbeiter, sowie auch eine Beschreibung von zwei Brauern aus Dresden, welche „nicht sozialdemokratischer Gesinnung“ sein sollten, den Arbeitern zu Gehör kam, legten Montag, den 23. Mai, früh 5 Uhr, 22 Mann die Arbeit nieder. Nur der Brauer Grubler aus Reulichen und der Bierfahrer Ernst Brauner schlossen sich dem Vorgehen ihrer Kollegen nicht an. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Kunde der Arbeitszeitsetzung durch die Fabriken von Klappel, Schönau, sowie auch nach Chemnitz und anderen Orten der Umgegend, und nun zeigte sich die Solidarität der Arbeiter dieser Gegend in ihrem schönsten Lichte; ohne Aufforderung, wie ein Mann erhob man sich und: Wir trinken nicht eher wieder Bier aus dieser Brauerei, bis den Leuten die Forderung bewilligt und sie wieder in ihrer Arbeit sind! war die Besung in den Fabriken. Auch eine, Donnerstag, den 26. Mai, abgehaltene Volksversammlung war trotz trübenden Regens gut besucht und lautete den Ausführungen des Referenten, Genossen Sondermann aus Dresden, welcher über die Forderungen der Streikenden sprach, mit sichtlichem Interesse. Vorkämpfer hieftiger Entrüstung wurden laut, als der Referent Ausdrücke des Braumeisters über die Arbeiter und die Sozialdemokratie, sowie des Protokuristen über die Brauereiarbeiter erwähnte. So war nun unschwer zu erkennen, welchen Ausgang dieser Kampf nehmen würde, und als am Sonnabend vor Pfingsten die Genossen Otto Händel, Wähmann, Berger und einige Streikende sich zur Schlußverhandlung, welcher außer Aufsichtsrath und Direktor auch Herr Gewerberath Runge aus Chemnitz beizugewohnt, einstellten, wurde in 4/5-stündiger Verhandlung festgestellt und protokolllarisch niedergeschrieben: Sammtliche Streikende, welche weiter in dem Geschäft arbeiten wollen, müssen in einem Zeitraum von längstens 14 Tagen in ihrer Arbeit sein und zwar müssen die sechs ältesten derselben sofort am dritten Feiertag anfangen und erhalten dieselben die von ihnen bisher beklebten Posten wieder, sowie überhaupt Jeder die früher verrichtete Arbeit weiterführt. Arbeitszeit 10 Stunden. Ueberstunden 40 Pf. Sonntags-du jour 3 Mk. Sonntagsarbeit 2 Stunden. Jeden 3. Sonntag ganz frei. Minimallohn pro Woche 21 Mk., bei halbjähriger Arbeitsleistung 22 Mk.,

nach einem Jahre 23 Mk. Gewährung des freien Koalitionsrechts. Entlassungen von denen, die getreilt haben, ohne volle Gründe werden als Maßregelungen angesehen. Dieses gilt für Brauer und Böttcher. Die Bierfahrer erhalten Lohn pro Woche 20 Mk. Sonntags-du jour 2.50 Mk. Arbeitszeit von früh 6 bis Abends 7 Uhr. Die übrigen Punkte wie Brauer und Böttcher. Da nun bereits 9 Mann abgereist bezu. in andere Arbeit getreten sind, 6 Mann dieser Tage die Arbeit wieder aufgenommen haben, bleiben also nur noch für einige Tage zu unterstützen 7 Mann, davon sind 2 verheirathet und 5 ledig. Es sollte dieses erfreuliche Resultat ein Ansporn sein für die Kollegen von Chemnitz und Umgegend, zu agitiren für die Organisation, damit auch sie einmal sagen könnten: „Haben 2 Brauereien die Forderungen ihrer Arbeiter bewilligt, so werden auch wir es durchsetzen können“; aber eines sei ihnen hiermit gesagt: erreicht und verbessert kann in Chemnitz und Umgegend noch viel werden, aber nur durch Organisation, durch Einigkeit und Solidarität.

**Hof.** Am 1. Juni fand unsere regelmäßige Monatsversammlung im Vereinslokal von Ehinger statt, die leider so traurig besucht war, daß verschiedene Punkte der Tagesordnung nicht erledigt werden konnten. Eine Anzahl hiesiger Kollegen zeigen für ihre Verbandsangelegenheiten so wenig Interesse, daß sie sich nicht wundern dürfen, wenn es eines Tages mit ihrer Arbeit wieder anders in Hof ausseht. Es ist bedauerlich, dies eingestehen zu müssen, wenn man liest, wie andere Vereine und Zahlstellen vorwärts streben, und bei uns ist eine Gleichgültigkeit eingerissen, die sich noch einmal böse rächen kann. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Kollegen zur nächsten Versammlung vollständig und pünktlich erscheinen, sonst sind wir genöthigt, die Versammlungen ganz ausfallen zu lassen. Ob dies die Kollegen nicht einmal selbst zu bedauern haben werden, wird die Zeit lehren.

**Karlruhe.** Am 28. Mai tagte unsere Versammlung im Mählburg im „Ritter“. Die Tagesordnung war folgende: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Warum organisiren wir uns, und wie soll unsere Organisation beschaffen sein? 3. Verschiedenes. Aufnehmen ließen sich sechs Mitglieder. Unter Punkt 2 hielt unser Genosse Wille, Kartellvorstand hier, einen fünfviertelstündigen Vortrag, dem großer Beifall entgegengebracht wurde. Unter Verschiedenes wurden einige interne Sachen erledigt. Die gut besuchte Versammlung schloß der Vorsitzende um 1/2 12 Uhr.

**Mannheim.** Brauereiarbeiterstreik. Die Unzufriedenheit, welche seit einigen Jahren in den Kreisen der hiesigen Brauereiarbeiter wegen Nichtinnehaltung der in den Lohnbewegungen 1893 und 1895/96 durch die Brauereien ihren Arbeitern gemachten Zugeständnisse herrscht, ist am Mittwoch, den 25. Mai in der Badischen Brauerei ganz unerwartet zum Ausbruch gekommen. Bekanntlich haben die Brauereien in diesen Bewegungen den 10-Stundentag, einen monatlichen Minimallohn von 104 Mk. für gelehrte Brauer und für Kutscher und Hilfsarbeiter im ersten Jahre 90, im zweiten 95 und im dritten 100 Mk. sowie vollständige Sonntagsruhe und Vergütung der Ueberstunden durch Ruhe zugestanden. Diese Zusagen wurden aber nie genau gehalten. Bald wurde da, bald dort der Versuch gemacht, an den Zugeständnissen abzureißen. Namentlich die Badische Brauerei, die bisher irrthümlicher Weise in dem Maße stand, gegen ihre Arbeiter entgegenkommend zu sein, verlor, es langam eine Erregung nach der anderen den Arbeitern wieder abzuschlehen, so daß der Minimallohn für Kutscher und Hilfsarbeiter nur mehr 84 Mk. betrug, die älteren Arbeiter nicht, wie es 1893 vereinbart worden war, nach 3, sondern erst nach 5 Jahren auf 100 Mk. Lohn kamen und als bezahlte Sonntagsarbeit nur diejenige galt, welche über die am Sonntag festgesetzte gestattete Anzahl von Arbeitsstunden hinausgeht. Andere Brauereien suchten diese Lohnrückerei nachzuahmen. In Folge dessen waren die Brauer schon seit Jahren entschlossen, durch eine Lohnbewegung die Wiederanerkennung der 1893er, 1895er und 1896er Zugeständnisse zu erzwingen und die Brauereidirektoren an ihr gegebenes Wort zu erinnern. Aber stets wurden sie durch andere Lohnkämpfe in ihrem Besitze, z. B. durch den Speyerer und Karlsbrüder Bierbottler, zurückgehalten, ihre Absicht vollständig durchzuführen. Im heurigen Jahre aber wollten sie sich endlich einer weiteren Verschlechterung ihrer Lage entgegenstellen. Zu diesem Behufe war nach einer langen Reihe von Versammlungen und Sitzungen beschlossen worden, daß die Vertrauensleute und Arbeiterausschüsse der einzelnen Brauereien alle Mißstände und Verfüngungen gegen das 93er, 95er und 96er Abkommen durch Geschäftsversammlungen festzustellen und deren Einhaltung zu fordern hätten. In der Sitzung am Donnerstag, 26. Mai, sollte dann über die Antwort der einzelnen Brauereien beraten und über die weiteren Schritte beschlossen werden. Der erste Theil des Beschlusses wurde ausgeführt. Der Ausführung des zweiten Theiles haben die Arbeiter der Badischen Brauerei vorgegriffen. Als ihnen von der Direktion nur ganz unentgeltliche Zugeständnisse gemacht wurden und dadurch deutlich bekundet war, daß die Badische Brauerei nicht gewillt war, ihre Zugeständnisse von 1893, 95 und 96 ernstlich zu halten, bemächtigte sich ihrer eine begeisterte Erregung und sie legten sofort die Arbeit nieder. Es streikten 57 Mann, so daß außer den Braumeistern, Maschinenmeistern u. s. w. und einigen Tagelöhnern Niemand weiter in der Brauerei am ersten Tage verblieb, demnach der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden konnte. Um das im Entwicklungsprozeß begriffene Malz nicht verderben zu lassen, traten am andern Tage noch einige Mann zur Nachsicht an, doch sollten sie die Brauerei verlassen, sobald dieses Malz von der Darre ist. Am 26. Abends fand in der Restauration zur „Volksstimm“ eine in der Gasse zusammengerufene Versammlung des Bierbrauereivereins statt, in der zwar das eigenmächtige Vorgehen der Arbeiter der Badischen Brauerei bedauert, aber nach eingehender Beratung und nachdem die 36 anwesenden Arbeiter der Badischen Brauerei sich in geheimer Abstimmung mit 28 gegen 8 Stimmen für Fortsetzung des Streiks entschieden hatten, dennoch beschlossen wurde, daß der überleitete Schritt in der Badischen Brauerei ohne erhebliche Schädigung der Gesamtsinteressen der Mannheimer Brauereiarbeiter nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, sondern zu einer Entscheidung für die gesammten Brauereiarbeiter dränge.

Am Donnerstag, den 26., fand in Folge dessen in der Restauration zur „Volksstimm“ eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung statt, in welcher über 350 Personen, meistens Brauereiarbeiter, anwesend waren. In dieser Versammlung wurde berichtet, daß eine Kommission bei der Direktion vorstellig gewesen sei und diese die vom Arbeiterausschuß eingereichten Forderungen bewilligt habe. Nach langer Debatte wurde das Abkommen gebilligt und haben demzufolge die Arbeiter am Freitag, den 27. Mai, die Arbeit wieder vollständig aufgenommen. Bei den übrigen Brauereien werden nun in ähnlicher Weise durch eine Kommission auf Grundlage der in der Badischen Brauerei hergestellten Verhältnisse einheitliche Forderungen eingereicht werden. Zum Streit selbst sei noch bemerkt, daß am zweiten Streittage einige am ersten Tage Theilgenommene, sogar Verbandskollegen, die Arbeit wieder aufnahmen, einer davon ist Wirth in der Vorstadt Kästlerthal und ein anderer, Kollege W., war bis vor einigen Monaten Vorsitzender des Arbeiterausschusses; alle übrigen in der Brauerei geliebten Arbeiter waren Leute, von welchen die meisten eine bessere Vergangenheit hinter sich haben und zu

\*) In der vorigen Nummer der Zeitung hieß es irrthümlich anstatt Badische Brauerei, Brauerei Bad.

einer Verbesserung ihrer Lage nicht, wohl aber als Streit-  
brecher die besten Dienste zu leisten fähig sind. Auch der  
städtische Central-Arbeitsnachweis hat be-  
wiesen, daß man von seiner Seite aus in einem Streit  
nichts Gutes zu erwarten hätte und auch der Unternehme-  
rverband der Brauereibesitzer Deutschlands hat seine Dienste  
nicht verweigert, denn nach Beendigung des Streiks sind eine  
Anzahl Kollegen von Frankfurt angekommen, welche, so viel  
bekannt, von diesem ihre Rekommandation erhalten hatten.

Meinungen. Auch hier ist über Nacht eine kleine „Ordnungs-  
plübe“ ins Wackeln gekommen. Der Expedient „Herr Treu“ hat  
aus Unvorsichtigkeit seinem Namen wenig Ehre gemacht und  
im Laufe dieses Jahres mehrere Male nach Hause geschickt,  
aber „vergessen“, sie anzuschreiben. Nun kann uns ja die „Ver-  
gessenheit“ eines Mannes wenig kümmern, wenn er uns nichts  
angeht, aber Herr Treu ist uns ein „lieber“ Bekannter, er hat  
sein „Bestes“ dazu getan, daß in nächster Verbandskollektion  
gelistet wurde, der geringsten Ursachen wegen. Herr Treu's  
kleines Versehen hat seiner Reputation und auch seinem sonstigen  
Vorkommen nicht viel geschadet, er bleibt dem Geschäft als  
„Ordnungsplübe“ erhalten, wenn er auch rückwärts avanciert  
ist, wenigstens noch ein Stück bei dem ganzen Anstand. Ein  
Gutes wird dieses kleine „Versehen“ wenigstens haben. Der  
Herr eines moralisch überlegenen Feindes unserer Organisation  
kann dieser nichts mehr schaden und werden wegen diesem Herrn  
keine Verbandskollegen mehr drohen.

Döberitz. Unsere Monatsversammlung fand am 15. Mai  
im Lokale des Herrn Latini statt. Der nur schwache Besuch  
hat seinen Grund in dem Austritt mehrerer Verbands-  
mitglieder. Ein Einzelmitglied ließ sich in die hiesige Zahl-  
stelle einschreiben, und nachdem noch einzelne Beiträge einliefert  
waren, wurde die Versammlung geschlossen. — Die Lage der  
hiesigen Zahlstelle hat sich im Monat April sehr verschlechtert,  
zwei Brauer und fünf Hilfsarbeiter, sämtlich in der Brauerei  
von F. D. Ehlers beschäftigt, sind ausgetreten, weil der neue  
Herr Braumeister es nicht gern sieht, daß seine Leute dem  
Verbande angehören; der Lohn ist denn auch in Folge Ein-  
stellung von Bundesmitgliedern von 85 auf 80 Mark gesunken.  
Hoffentlich gestalten sich mit der Zeit die Verhältnisse an  
hiesigen Orte besser. — Hier hat man wieder den schönsten  
Beweis von der Bedeutung und Nützlichkeit des Bundes. Wo  
diese Kollegen, gewöhnlich mit einem Braumeister an der  
Spitze, einziehen, werden die Verbandskollegen meistens bald  
rausgegrault und dann kann man schalten und walten wie  
man will, mit dem Lohn zc. gehts gewöhnlich bald bergab.  
Wir bemühen uns, die Löhne höher zu bringen, und dort thut  
man sein Möglichstes dazu, sie herunterzubringen.

Wuppertal. Am Sonntag, den 15. Mai, fand hier eine  
öffentliche Brauereiarbeiterversammlung statt, in welcher  
Kollege Wittich von Frankfurt a. M. über den „Poljadosky'schen  
Schmerzens und die Gefährdung des Koalitionsrechtes“ refer-  
ierte. Der Saal war, da die Versammlung als öffentliche  
Arbeiterversammlung einberufen war, von ungefähr 200 Per-  
sonen gefüllt und wurde dem Kollegen Wittich von allen An-  
wesenden für seinen sehr sachlichen Vortrag reichlich Beifall zu  
Theil.

### Bekanntmachung.

Das Verbandsbuch Nr. 13422 des Kollegen  
Engelbert Haselsteiner ist abhanden gekommen.  
Dasselbe ist anzuhalten und dem Hauptvorstand ein-  
zulenden.

Der Hauptvorstand.  
G. Bauer.

Um die Adresse des Kollegen  
Joh. Eberle aus Dillingen  
(Bayern), zuletzt in Heidenheim,  
bittet Marz. Schmießer,  
Brauereiarbeiter, Trofungen  
bei Tullingen (Württemberg).

Um die Adresse des Brauers  
Ernst Völler, Sachsen, er-  
sucht Georg Röder, Brauerei  
Schulthes in Weisenthurn  
am Rhein. Derselbe hat bei  
seinem heimlichen Fortgehen  
aus der betreffenden Brauerei  
verschiedene Sachen mitgehen  
lassen.

Unserem treuen Mitgliede  
Hans Wirth zu seinem  
am 1. Juni stattgefundenen  
29. Wiegenfeste die herzlichsten  
Glückwünsche.  
Die Kollegen der Brauerei  
Winding, Frankfurt a. M.  
Der Kollegen des Zweig-  
vereins Wiesbaden sagen wir  
unseren Dank für die herzliche  
Gratulation.  
Heinrich Helmke u. Frau.

Wir empfehlen unseren  
Lesern die neue Wochen-  
schrift  
**In freien Stunden.**  
Romane u. Erzählungen  
für das  
arbeitende Volk.  
Preis pro Heft nur 10 Pf.  
Gegenwärtig erscheint ein  
höchst spannender Roman:  
**Was die Schwalbe sang.**  
Von L. Spielhagen.  
Illustrirt v. J. Danberger.  
Man abonniert bei der  
Expedition d. Blattes  
oder bei der Post (Post-  
zeitungs-Katalog für 1898  
Nr. 3612.)  
Erscheint jeden Heft 22u. 23  
des zweiten Jahrganges.

**Sehr günstige Gelegen-  
heit für Kollegen!**  
Ein sorgfältiges Glaschen-  
biergeschloß mit sehr guter  
Abdichtung ist käuflich halber  
für den billigen Preis von  
120 Pf. sofort zu verkaufen.  
Nur an Kollegen Th. Grand,  
Rosenberg, Knochenhauer-  
meister 29.

**Neu! Neu! Neu!**  
**Trompeten-Mundharmonika.**  
(Großartige Erfindung.) Durch das so finanziell kon-  
zessive angebrachte Trompetenschallrohr ist der Ton über-  
aus schön, isolirt laut und „sehr effektiv“!!! Alles weit  
übertrifft! Jeder Harmonikaspieler ist thatsächlich von  
dieser Neuheit hochentzückt. Doppeltönig, extra ff. Stimmen.  
Die größte Erzeugungsanstalt wird besonders durch die  
neue Schale geboten, womit Jedermann wirklich dieses her-  
liche Instrument sofort spielen kann (schöne Lieder, Tänze zc.).  
Preis mit Schale nur 2,75 Mk. gegen Marken franko, Nach-  
nahme 30 Pf. mehr.

### Zweigverein Frankfurt a. M.

Am Sonntag, den 12. Juni 1898, hinter dem Park  
„Louisa“ an der Wörfelberlandstraße (Wepfelweingäßel):  
**Grosses Wald-Fest,**  
Bestehend in Konzert, Gesang, Kinderpielen zc. — Für gutes  
Amusement ist bestens gesorgt.  
Abmarsch: Nachm. 2 Uhr Ecke Darmstädter- u. Wörfelber-  
landstraße. Das Komitee.

### Zweigverein Hamburg

(Sektion der Brauer).  
Sonntag, den 19. Juni 1898:  
**Dampfer-Tour**  
mit dem Salon-Dampfer „Moorburg“  
nach dem Lokale d. Herrn Wankenburg, Wilstorf bei Harburg.  
Abfahrt von den St. Pauli-Landungsbrücken präzis 10<sup>1/2</sup> Uhr  
Vorm. (Wohlfühl-Brauerei anlegend. — Rückfahrt 10 Uhr Abends.  
Während der Fahrt: Große Bierprobe. Musik an Bord.  
Im Lokale: Preisregeln für Herren, sowie  
Damen-Belustigungen. —  
Herr nebst Dame 1 Mk. — Damenkarte 50 Pfg.  
Hierzu ladet freundlichst ein Das Festkomitee.

### München.

**Restaurant „Zur Bavaria-Brauerei“**,  
Landsberger Strasse 70-72.  
Empfehle meine freundlichen Lokaltäten, Gesellschafts-  
zimmer und Saal, hochfeines Bier aus der Unions-  
Brauerei einer geneigten Beachtung.  
Mittagstisch von 10 Pfg. an.  
Achtungsvoll  
Josef Hönigschmid.

### Neu! Neu! Neu!

**C. R. Scholz, Musikexport, München.**  
Verlag und Redaktion von F. Krieg, Linden-Gamover. — Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

### Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen im Monat Mai folgende  
Beträge ein: S., Bremen 42; B., Schwabach 3; Z., Ologau  
5,80; B., Dornbirn 11,60; W., Amsterdamm 20; G., Ring 5,61;  
R., Schlackenwerth 7,88; R., Saag 2,81; R., Beuthen 5,40;  
R., Apenrade 8; W., Wiesbaden 52; St., Zweibrücken 40,60;  
Z., Köln 1,70; Z., Rierstein 7,50; J., Bissen 4,19; G., Dünningert  
2,90; Langenberg 6; Sch., Leipzig 4,50; S., Dortmund 5,60;  
W., Walzenburg 11,70; R., Bärenstein 4,70; G., Aluberg 2,55;  
Sch., Auerbach 5,60; R., Stabthagen 2,90; St., Wschaffenburg  
11,10; R., Gildesheim 45,30; R., Kiel 92,70; B., Schillingheim 15;  
W., Oldenburg 45,10; Worms 14,80; R., Hannover 8; G.  
Reichshofen 17; Sch., Genf 1,20; Sch., Reobtschütz 2,50; Altienbrauerei  
Linden 1,50; S., Maffersdorf 3,06; W., Eberswalde 3,65;  
Sch., Aulbau 8; S., Geitz 2,75; Hamburg 55,65; S.  
Schleusingen 4; Sch., Wappenheim 2,40; S., Reichenhall 2,70;  
J., Fürstenwalde 42,20; E., Bohr 20; A., Giesfeld 9; W.  
Hannover 450; S., Albed 26,52; D., Mannheim 452,90; St.  
Eberfeld 43,75; R., Brexham 3,91; S., Halberstadt 38,55;  
S., Ostriesland 8,40; R., Cornelmünster 59; W., Wiesbaden  
2,80; S., Leipzig 20; R., Mühlheim a. Rh. 28,80; St., Pots-  
dam 6; W., Udenhof 80,70; R., Niederschelde 6,30; St.  
Wassersdorf 3,81; W., Wiesbaden 0,80; Bänkel 0,90; S.  
Gr.-Gerau 17,80; J., Ansbach 2,80; W., Wartha 7,60; R.  
Tippelgrün 3,05; G. N., Augsburg 2; G., Reih 4; S., Bam-  
berg 140; E., Nappoldshausen 3,40; Sch., Nappoldshausen 3,30; St.  
G., Hall 23,80; W., Füh 3; W., Rothensach 2,80; Sch.  
Willingen 7; D., Bruchsal 4,70; A., Niederstadt 3,80; G., Hof  
109,90; G., Erlangen 100,10; F., Darmstadt 53,80; Sch.  
Altenburg 22,85; S., Nürnberg 1,40; G., Schweinfurt 74,70;  
S. G., Berlin 16,40; A., Paris 12; R., Saag 3,82; S.  
Bremen 42; Bochum 3,25 Mk. Summa: 2695,81 Mk.

Für den erkrankten Kollegen Köhler in Gera ging  
ein: Altienbrauerei, Forsten 17; Brauverein, Gera 13,75;  
Bürgerliches Brauhaus, Gera 9,50; C. Fiedler, Dresden 3;  
Wergische Bienenbrauerei, Höhenhaus bei Mühlheim 6,15;  
M. Kiebler, Juidau 1; Schmidt, Obersternau 3; von Kollegen  
in Halle 15; G. Schön, Reih 1; Brauerei Böller, Meiningen 5;  
von Kollegen in Hof 16,50; Vereinsbrauerei Greiz 5; Renschel  
Brauhaus 4,50; Reichel 3; Ueberbüsch von Saalfeld 0,27;  
von den treuen Verbandskollegen des Bürgerbräu, Rudwigs-  
hausen 10; von den Mitgliedern in der Hannoverischen Altien-  
brauerei 1,30 Mk.

Herzlichen Dank meinen sämtlichen Kollegen, Freunden  
und Gönnern für das Geldgeschenk, welches meiner Familie  
während meiner Krankheit zu theil geworden ist.  
William Schäfer,  
Rutscher bei der Altienbrauerei Gambrius, Dresden.

### Zur Beachtung.

Auf der letzten Konferenz der Agitations-Kommission  
für die Provinz Sachsen ist beschlossen worden, ein Ver-  
bandsfest in Halle a. S. abzuhalten. Die meisten Zahlstellen  
haben sich dafür erklärt. Das Verbandsfest findet Sonntag,  
den 10. Juli statt. Das Festprogramm wird in einer der  
nächsten Nummern der Zeitung bekannt gegeben. Wir fordern  
die Kollegen und Zahlstellen der Provinz Sachsen auf, sich  
zahlreich daran zu beteiligen.  
Die Agitations-Kommission für die Provinz Sachsen.  
J. W. Peufert.

Die Agitationskommission für Gera und Vogtland  
sieht sich genöthigt, die Zahlstellen Chemnitz und Alten-  
burg, nachdem schon zum wiederholten Male Schreiben an

sie gerichtet worden und nachdem wir die Agitationsmarkt  
bereits 2 Monate den Zahlstellen übermitteln haben, an die  
Beschlüsse, die in der Kreisversammlung in Greiz gefaßt wurden,  
zu erinnern und um Antwort zu ersuchen.

### Die Agitationskommission.

Karl Fülle, Vorsitzender.

Den Einzelmitgliedern von Dresden und Umgegend zur  
Kenntniß, daß die Protokollbücher vom Verbandstag beim  
Kollegen Thielemann, Böttau, Krankenbergerstraße  
Nr. 10 III, zu empfangen sind.

### Briefkasten.

Altgläubiger, Andernach. Die Zeitungen sind von hie  
abgesandt und müssen auf der Post verloren gegangen sein.  
Besten Gruß.  
S. W. Knochenhauerstraße Nr. 7. Besten Gruß.  
Bosch, Mannheim. Den Fehler hast Du gemacht durch  
Vergessenheit des Punktes. Ist bereits befohrt. Besten Gruß.  
Kielmeier, Hamm. Bischen vorichtig mit Euren Reso-  
lutionen; s ist schlüpfrig. Besten Gruß.  
J. Effler, A. Der Brief ist zu spät eingegangen, deshalb  
für vorige Nummer zu spät. Besten Gruß.  
W. Schmieder, Trofungen. Wie verhält es sich mit der  
im Brief angezeigten Sache aus Heidenheim (Ness)? Wir ist  
nichts bemerkt. Bitte Antwort. Besten Gruß.  
C. Ahlers, Dresden. Nichts, hab's im redaktionellen  
Theil gebracht. Besten Gruß.

### Versammlungs-Kalender zc.

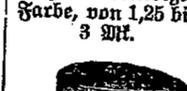
**Berlin.**  
Sonntag, 12. Juni, Vormittags 10 Uhr: Vorstands- und  
Vertrauensmännerziehung bei Gärtner, Wollensstraße 12.  
**Bonn a. Rh.**  
Am 19. Juni: Versammlung.  
**Duisburg.**  
Sonntag, den 12. Juni, Vorm. 11 Uhr: Regelmäßige  
Monatsversammlung im Vereinslokal Kipper, Klosterstraße.  
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden  
Mitgliedes, zu erscheinen.  
**Essen a. Ruhr.**  
Sonntag, den 12. Juni, Nachmittags 2 Uhr: Mitglieder-  
versammlung bei Felchner. Tagesordnung wird in der Ver-  
sammlung bekannt gegeben. Um zahlreiches Erscheinen wird  
ersucht.  
**Frankfurt a. M.**  
Freitag, den 10. Juni, Abends 8 Uhr: Mitgliederver-  
sammlung im „Grünen Wald“, Allerheiligenstraße 26 b. Die  
Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.  
Sonntag, den 19. Juni, Vorm. 10 Uhr: Vorstands- und  
Vertrauensmännerziehung beim Kollegen Bierheilig. Die  
Kollegen werden ersucht, bis dahin die Beiträge einzulassen,  
damit Quartalschluss stattfinden kann.  
**Köln a. Rh.**  
Sonntag, den 12. Juni, Abends 6 Uhr: Außerordentliche  
Mitgliederversammlung. Tagesordnung wird in der Ver-  
sammlung bekannt gemacht. Die Kollegen, welche noch mit  
ihren Beiträgen im Rückstande sind, werden ersucht, ihren Ver-  
pflichtungen nachzukommen, damit die Quartalsabrechnung  
fertiggestellt werden kann.  
**Wiesbaden.**  
Sonntag, den 2. Juli, Abends 8<sup>1/2</sup> Uhr: Öffentliche  
Brauerversammlung beim Kollegen Koob, Hermannstraße.

### Hamburg.

Allen Verbandsmitgliedern wird der Brauerverkehr von  
**P. Meyer, Weststraße 7**  
(in der Nähe des Berliner und Moltkebr.-Bahnhofs), bestens  
empfohlen. Dasselbst Arbeitsnachweis.

### Brauer- und Mälzer-Mützen

sowie Hüte in sämtlichen Neuheiten der Saison  
empfehle bei bester Ausführung und billigsten Preisen.

 <b>Jockey-Mütze</b> in allen Farben, von 1-1,75 Mk.	 <b>Strand-Mütze</b> in Stoff und Seide, in jeder beliebigen Farbe, von 1,25 bis 3 Mk.
 <b>Klapp-Mütze</b> , Stoffmützen von 1 bis 2 Mk., Seide u. Atlas in schwarz u. bunt, 2 bis 2,50 Mk., Kopfschleife 2,50-3 Mk.	 <b>Stoffproben</b> stehen franco zu Diensten. Bei Bestellungen nach außen halb erbitte Kopfschleife in Zentimetern anzugeben. Versand erfolgt per Nachnahme; bei 12 Stück franco.

**Breite Klappmütze**  
in Sammet, Seide u. Stoff.  
Dresden, Schägerstraße 53. **Carl Fiedler, Dresden, Schägerstraße 53.**

### Georg Gehrig,

Frankfurt am Main-Sachsenhausen, Schulstr. 12,  
liefert die besten  
nur handgestrickten Schafwoll-Socken nebst prima Leibwäsche.

### C. R. Wittber Chemnitz

28 Müllersstr. 28.  
Fabrikant der altbekanntesten  
**Chemnitzer Holzschuhe**,  
desgl. Schlappschuhe, Pflüsch-  
schuhe, Mälzer-Pantoffeln.

### Ein Bier-Verleger

mit großer Kundenschaft sucht sich  
zu verändern und zu diesem  
Zweck mit einer Großbrauerei  
in Verbindung zu treten.  
Offerten unter R. L. 100  
an die Exped. d. Zig. erbeten.

### Hannover.

Allen Kollegen und Freunden  
empfehle meinen neu einge-  
richteten  
**Gasthof u. Restaurant,**  
Schillerstrasse 4.  
Gute und billige Küche, sowie  
ff. Bier. — Reinliches u. gutes  
Logis zu jedem Preise.

### Hans Wilhelm,

Schillerstr. 4, gerade Straße  
vom Bahnhof.

### Edel-Krebse

versende garant. leb. Ankunft  
franko ins Haus. 38-40 Mittel-  
Tafelkrebse 3,50 Mk.; 30-35  
Niesen mit fetten Scheren  
4,50 Mk.; 22-25 Solokrebse,  
ausgesucht, fetten Thiere, 5,50 Mk.  
M. Müller, Podwoliczyska 12  
(Galizien).

### Fort mit den Soffenträgern!

  
Dutzungs-  
marken  
Dabattmarken  
Kaufschu-  
kempel  
sowie alle  
Druckarbeiten  
in Buch- und  
Steindruck

liefert sauber und preiswerth  
**Konrad Müller,**  
Schleusweg-Str. 12,  
Illustrirte Preislisten gratis.

### Joh. Dohm

Spezialgeschäft f. Bierbrauer,  
Kiel, Winterbeckerstr. 12,  
empfiehlt in bekannter Güte:  
gute, dauerhafte Hemden, bunt  
und normal, Unterhosen, Socken,  
wollene Westen, Arbeitshosen,  
Seiden- und Tuchmägen, Geiz-  
schuhe, Pflüschschuhe, Kaiser-  
Pantoffeln, große Koffer, Hand-  
koffer, Biertrüge u. f. w.

## Die Reichstagswahl.

Durch die Arbeiterpresse läuft eine Notiz, nach welcher diejenigen Arbeiter, die am Tage der Wahl nicht in ihrem Wohnorte sich befinden können, von der Behörde ihrer Heimath sich bescheinigen lassen sollen, daß sie dort aus der Wählerliste gestrichen sind, um auf Grund dieser Bescheinigung in die Wählerliste ihres Arbeitsortes eingetragen werden zu können. Diese Angaben beruhen, wie der „Vorwärts“ mittheilt, auf einem Irrthum, und wollen wir die Bestimmungen des besseren Verständnisses wegen noch einmal wiedergeben.

„Diese Manipulation ist ganz überflüssig und kann unter Umständen dazu führen, daß der Arbeiter sich selbst um sein Wahlrecht bringt. Der Fall tritt ein, wenn der Arbeiter in der Zeit bis zum Wahltag die Arbeit verläßt, oder, durch sonst einen Umstand veranlaßt, den Wahltag von der Arbeitsstätte fernbleibt. Die in solchen Fällen von der Wahlprüfungskommission geübte und vom Reichstag stets anerkannte Praxis ist folgende:

„Wahlberechtigte mit mehreren Wohnstätten sind an den mehreren Wohnstätten in die Wählerlisten aufzunehmen, wählen können dieselben nur an einem Orte. Kellner, welche in einem Badeort für die Bade-saison in Stellung treten, Saisonarbeiter, Feldarbeiter, welche die Woche hindurch außerhalb ihres Wohnortes arbeiten, den Sonntag aber im Wohnorte zubringen, sind an dem Orte ihrer Beschäftigung wahlberechtigt und deshalb auch in die Wählerliste dieses Orts einzutragen.“

Der Arbeiter, der während der Woche auswärtig arbeitet und an seiner Arbeitsstätte eine Schlafstelle hat, hat also mehrere Wohnstätten und ist deshalb in seiner Heimath und an seiner Arbeitsstätte in der Wählerliste zu führen. Er braucht sich nirgends streichen zu lassen und kann wählen an dem Orte, an dem er sich am Tage der Wahl aufhält. Der Wähler darf nur sein Wahlrecht nicht zweimal ausüben, in diesem Falle würde er sich strafbar machen.“

Bemerkte sei noch, daß außer Denjenigen, die Armenunterstützung erhalten haben, mit Ausschluß der in 21 der Br.-Ztg. enthaltenen näher bezeichneten Bestimmungen, auch diejenigen nicht wählen können, welche unter Kuratel stehen, oder nicht die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen. Wir wollen hoffen, daß Niemand veräußert hat, die Wählerliste nachzusehen und, falls er nicht verzeichnet war, sich hat eintragen lassen; für die Organisation im Allgemeinen wie für die Arbeiter im Besonderen hängt viel von der zukünftigen Zusammensetzung des Reichstages ab. Ein Jeder kann dazu beitragen, daß die reaktionären Pläne der Unternehmer vereitelt werden. Niemand darf zur Wahl fehlen und Niemand darf einen Arbeiterfeind, sondern muß einen Sozialdemokraten wählen.

## Die Chronrede und die Sozialpolitik.

In der Chronrede, mit der am 6. Mai der Reichstag geschlossen wurde, wird in Bezug auf die Sozialpolitik gesagt:

„In Gemeinschaft mit meinen hohen Verbündeten wird es auch ferner mein ernstliches Bestreben sein, die wirtschaftliche Entwicklung des Reiches zu fördern insbesondere den Druck, unter welchem die Landwirtschaft die Erfolge ihrer Arbeit beeinträchtigt sieht, mehr und mehr zu mildern, dem Gewerbetriebe, dem Handel und der Schiffahrt den Boden friedlichen Schaffens zu sichern und zu erweitern. Damit glaube ich zugleich in wirksamster Weise für die Erwerbsgelegenheit der arbeitenden Klassen und für ihre zunehmende Wohlfahrt zu sorgen.“

Im Jahre 1890 eröffnete der Kaiser seinen bekannten Erlass an den Reichskanzler mit folgendem Satze: „Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, so weit die Grenzen es gestatten, welche meiner Fürsorge durch die Nothwendigkeit gezogen sind, die deutsche Industrie auf dem Waarenmarkte konkurrenzfähig zu halten.“ In diesem Satze wurde mit ausdrücklichen Worten anerkannt, daß zwar das Unternehmerinteresse, die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit, gewahrt bleiben sollte, daß es aber neben diesem ein selbstständiges und von der Geseßgebung zu berücksichtigendes Arbeiterinteresse gebe. Es ist bekannt, wie in der darauf folgenden Arbeiterschutzgesetzgebung die Regierung Schritt für Schritt zurück wich, und heute sind wir so weit gekommen, daß in dünnen Worten wieder das Eintreten für das Unternehmerinteresse als die „wichtigste“ Act der Fürsorge für den Arbeiter bezeichnet wird. Damit wären wir wieder auf dem Standpunkte angelangt, auf dem wir mit der „Sozialreform“ vor 1890 standen. Bekanntlich wurden unter der Aera Bismarcks wohl Ausnahmegeetze gegen die Arbeiter geschmiedet, durch Bittkammer'sche Streikerlasse jedes Eintreten für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen

unmöglich gemacht, Organisationen aufgelöst, aber für eine Geseßgebung zum Schutze der Arbeitskraft und gegen übermäßige Ausbeutung war kein Raum. Auch damals war der Gedanke maßgebend, daß die Interessen des Arbeiters am besten wahrgenommen würden, wenn man dem Unternehmertum durch hohe Industrie- und Schutzzölle hohe Preise für seine Waare beschaffe und ihm damit eventuell Gelegenheit gäbe, den Arbeitern bessere Löhne zahlen zu können; was freiwillig allerdings selten geschah, und durch polizeiliche und andere Maßnahmen andererseits die Arbeiter gehindert wurden, solche zu fordern. Nur in Bezug auf die Arbeiterversicherung ist Bismarck anderer Anschauung gewesen, nicht aber aus Liebe zu den Arbeitern, sondern lediglich, um das berechnete Verlangen der Arbeiter nach Arbeiterschutz möglichst zu hinterzücken.

Graf Posadowsky und v. d. Mecke haben's dem Bismarck und Bittkammer richtig abgeguckt, wie die sich räusperten und wie sie spuckten. Auch jetzt steht man das Mittelmittel zur „Hebung der Wohlfahrt der arbeitenden Klassen“ in Knebelung der Organisation, Streikerlassen (die Studien dazu sind schon im Gange), Ausnahmegeetze gegen die Arbeiter-Organisationen in erneuerter und verbesserter Auflage (lex Mecke), Verbot des Streikes durch Bestrafung der Streikenden als „grobe Unfug“ = Erreger u. s. w. Somit hätten wir glücklich die Reise um die Sozialreformwelt gemacht und sind wieder in den schwärzesten Winkeln vor 1890 angelangt. Es ist gut, daß wir den Kurs kennen und wird es Aufgabe der Arbeiter sein, ihre Schiffelein dahin zu dirigieren, wo sie schon vor 8 Jahren gewesen sind. Dies wird um so schneller geschehen, wenn bei den bevorstehenden Reichstagswahlen alle Arbeiter, die gegenüber den rückschrittlichen Mächten der Reaktion eine Hebung des Volksniveaus wünschen, kraftvoll und nachhaltig zusammenstehen und für die wahren Vertreter der Arbeiterschaft, die Sozialdemokraten, stimmen.

## Eine Statistik der Streiks

Soll nach dem vom Reichskanzler dem Bundesrath vorgelegten Entwurf vom 1. Januar 1899 ab regelmäßig für das ganze Reich aufgenommen werden und folgende Hauptpunkte betreffen: Ort (Orte) des Streiks; genaue Bezeichnung der Gewerbeart; Anzahl der Betriebe, in denen überhaupt gestreikt wurde, und Anzahl der Betriebe, die durch den Streik zu völligem Stillstand gekommen sind; Gesamtzahl der bei Ausbruch des Streiks in den ergriffenen Betrieben beschäftigten Arbeiter; Datum des Beginnes und der Beendigung des Streiks; Höchstzahl der während der Dauer des Streiks gleichzeitig streikenden Personen, Anzahl der Streikenden, die zur sofortigen Arbeitsniederlegung berechtigt, und derjenigen, die kontraktbrüchig waren; Höchstzahl der Arbeiter, die sich am Streik nicht betheilig haben, aber in Folge desselben in ihrem bisherigen Arbeitsverhältnisse feiern mußten; Gründe des Streiks und Forderungen der Streikenden; genaue Darstellung der Sachlage vor und nach dem Streik, insbesondere auch, inwieweit die Streikenden ihre Forderungen durchgesezt haben; Angaben, ob und inwieweit Berufsvereinigungen oder dritte Personen aus dem Ausbruch des Streiks hingewirkt, dessen Dauer beeinflusst oder für dessen Zwecke Geldmittel hergegeben haben; welche Einzelbeträge sind den Streikenden oder deren Familien als Unterstüßungen gewährt? Ist der Streik durch Vergleichsverhandlungen beendet worden, und zwar: unmittelbar zwischen den Parteien oder vor dem Gewerbegericht oder unter Vermittelung von Berufsvereinigungen oder dritter Personen? Sind die Verhandlungen von Seiten der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber beantragt worden? Inwieweit haben während des Streiks Arbeitswillige polizeilich geschützt werden müssen? Inwieweit hat der Streik sonst zu polizeilichen Maßnahmen Anlaß gegeben? Endlich werden Mittheilungen darüber verlangt, ob aus Anlaß des Streiks die Staatsanwaltschaft in Anspruch genommen ist und weswegen, sowie über die nachweisbaren Verluste an Arbeitslöhnen aus Anlaß des Streiks.

Was mit dieser Statistik bezweckt werden soll, ist für uns nach der Stellung der Behörden, die dieselben gegen streikende Arbeiter immer eingenommen haben, und nach dem „geheimen Erlass“ des Grafen Posadowsky, sehr klar, aus dem Entwurf zur Statistik aber nicht recht ersichtlich. Allgemeine und vertrauensdienliche Menschen könnten sich schließlich noch dem irrigen Wahn hingeben, man beabsichtige in Regierungskreisen, sich genaue Kenntniß von den Ursachen des Streiks und somit auch von den berechtigten Forderungen der Arbeiter zu verschaffen, um ihnen thätkräftig zur Seite zu stehen und die ausbeutungslüsterne Unternehmer beim Schopf zu fassen. Solchen Gemüthsregungen sind unsere modernen Scharmacher und Staatsmänner aber durchaus nicht zugänglich, es müßten denn Wunder geschehen. Graf Posadowsky hat ja in seinem Erlass nur allzudeutlich verrathen, welche Absicht ihn befeelt, und wird diese Statistik nur eine Vorarbeit sein für seine Pläne, das Koalitionsrecht der Arbeiter einer „Revision“ im Stumm'schen Sinne zu unterziehen wo dann die Arbeiter bei jeder kleinsten Lohnbewegung

in den Maschen des Geseßes sich fangen müßten und ihr anerkanntes Recht auszuüben zur Unmöglichkeit werden würde. Auch diesem haben die Arbeiter bei der Reichstagswahl vorzubeugen.

## Wochenschau.

— Der dritte Jahresbericht des Nürnberger Arbeiter-Sekretariats. Der Bericht umfaßt die Zeit vom 1. November 1896 bis Ende 1897 und giebt ein anschauliches Bild über die Thätigkeit des Bureaus. Während des genannten Zeitraumes haben 13 101 Personen über alle möglichen, die Interessen der Arbeiter berührenden Fragen Auskunft gesucht und erhalten. Nur 46,41 Prozent der Auskunftsholenden waren gewerkschaftlich organisiert.

Der größte Theil aller Anfragen betraf Unfallsachen, und zwar handelte es sich meistens um den Widerstand der Werk-leuten gegen Rentenrückungen, Ueberweisung an Seilanstalten, Rentenabrechnungen, Nichtanrechnung von Nebenverdienst bei der Rentenabrechnung, veräußerte Anmelbung der Verletzungen, Beitragsrückstände. Im Allgemeinen ist zu konstatieren — so sagt der Bericht — daß die Heilung der Berufsgenossenschaften, die Rente so schmal wie möglich zu bemessen, eher zu als abgenommen hat. Nicht selten ist es dem Sekretariat gelungen, Entschädigungen zu Gunsten der Verletzten herbeizuführen in solchen Fällen, wo dessen Rente in Folge unzutreffenden ärztlichen Gutachtens zu niedrig bemessen war.

Dem Gewerbe-Inspektor wurden 60 Beschwerden wegen Verstoß gegen Arbeiterschutz-Vorschriften übermittelt. Davon sind 39 für begründet, 4 für theilweise begründet, 14 unbegründet und eine zur Zeit nicht begründet befunden. In zwei Fällen erklärte sich der Gewerbe-Inspektor für unzuständig. Verschiedene Anträge, gewisse Betriebe unter die Fabrikgesetze zu stellen, lehnte der Magistrat von Nürnberg ab.

Gößere Lohnbewegungen haben im Berichtsjahre nicht stattgefunden. Dagegen ist sowohl das Arbeitersekretariat, sowie andere thätige Gewerkschaftsmitglieder um Vermittelung bei ausbrechenden Differenzen erucht worden und sind dieselben in vielen Fällen zur Befriedigung beider Theile erledigt worden. So ist es u. A. auch dem Eingreifen des Sekretariats zu danken, daß die Arbeitszeit der Kondukteure und Wagenführer einer Straßenbahnlinie von 16 bis 17 auf durchschnittlich 12 Stunden herabgesezt und ihnen eine Mittags-pause von 50 Minuten gewährt wurde, die sie vordem nicht hatten.

Der Bericht läßt erkennen, daß die Nürnberger Arbeiter in ihrem Sekretariat eine Institution haben, die es sich angelegen sein läßt, die Interessen der Arbeiter in jeder Hinsicht wahrzunehmen und auch in dieser Beziehung anerkanntem Maße Erfolg erzielt hat. Es würde — wie es in dem Bericht sehr richtig heißt — noch mehr erreicht werden können, wenn sich die Arbeiter in größerer Zahl, als bisher, an den Organisationen betheiligten.

— Das gegründete Arbeiter-Sekretariat in Hannover wird am 1. Juli seine Thätigkeit beginnen. Für den Posten eines Sekretärs, der mit der Gewerbeordnung, der Sozial-geseßgebung und der Gewerkschaftsbewegung vollständig vertraut sein muß, werden laut der Ausschreibung als Anfangs-gehalt ganze 1500 Mtl. ausgeworfen.

— Das Züricher Arbeitersekretariat, das am 1. Mai 1897 eröffnet wurde, hat bis Ende des Jahres 1043 Auskunft-ge-suche erhebt. Am Stärksten daran betheiligt ist der September und von den Wochentagen der Montag und der Dienstag. 277 Auskünfte betrafen die Gastpflicht, 283 Lohn-differenzen, 202 Kündigung, 91 Beirteilung und Pfändung, 80 Mietverträge, 20 Armensachen, 14 grobe Behandlung zc. Wegen Uebertretung der Arbeiterschutzgesetze wurden 67 Ge-schäfte angezeigt. Auf Veranlassung des Sekretariats wurden 5 Geschäfte dem Fabrikgesetze und dem kantonalen Arbeit-erinnen-schutzgesetze unterstellt. Der Arbeitskammer, deren Organ das Sekretariat ist, gehören 54 Gewerkschaften der Stadt Zürich an.

— Die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises hat der Magistrat Mag de Burgs bei den Stadtvorordneten beantragt.

Die bayerische Stadt Schweinfurt erhält ein Arbeitsamt, dessen Statut im § 9 vorsehreibt: „Bei Arbeitseinstellungen und Arbeiteraus-sper-rungen hat die Kommission, sobald sie zu ihrer Kenntniß gelangen, den Betheiligten eine kurz bemessene Frist vorzutreten, binnen welcher dieselben das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen haben. Wenn letzteres nicht ge-schieht oder ein Schiedspruch nicht zu Stande kommt, oder wenn sich die Betheiligten dem Schiedsprüche nicht unterwerfen, so hat die Kommission nach Anhörung von Vertretern der an der Arbeitseinstellung oder Arbeiteraus-sperrung be-theiligten Parteien darüber Beschluß zu fassen, ob das Arbeits-amt für das betheiligte Gewerbe (Geschäft) oder für den be-theiligten Geschäftszweig seine Thätigkeit einstellen soll oder nicht. Der Beschluß der Kommission ist öffentlich bekannt zu machen.“

Im Bereiche des Verbandes der Arbeitsnach-weis-Anstalten Badens sind im Jahre 1897 von 31 016 Unternehmern 43 969 Arbeitskräfte gesucht worden; ein-gestellt wurden 36 894 Arbeitskräfte. Im Jahre 1896 waren es 26 859 Unternehmern, 36 395 verlangte und 31 109 eingestellte Arbeitskräfte. Was die weiblichen Dienstboten betrifft, so wurden im Jahre 1897 von 12 026 Dienstgebern 13 467 Arbeits-kräfte verlangt; die Zahl der eingestellten Arbeitskräfte betrug 9141. Diese Ziffern zeigen, daß die Arbeitsnachweis-Anstalten sich mehr und mehr einleben.

Bei der Stadtkölnischen Versicherungs-Kasse gegen Arbeitslosigkeit in Köln am Rhein meldeten sich im letzten Verwaltungsjahre 351 Personen gegen 229 in vorhergegangenen Jahre. Abgeschlossen wurden 324 Versicherungen. Von den Versicherten waren 158 gelehrte und 166 ungelehrte Arbeiter. 236 waren in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember bezugsberechtigt. Davon meldeten sich 151 als arbeitslos; 43 erhielten während der Wartezeit andauernde Beschäftigung, die übrigen 108 wurden an 2646 Tagen be-schäftigt und für 2197 Werk-tage wurden Tagegelde ausgezahlt und zwar an 90 Verheirathete und 18 Unverheirathete, zu-sammen 3486 Mtl. Der Vermögensstand der Kasse, die eine private Organisation ist, aber von der Gemeinde subventionirt und beaufsichtigt wird, betrug am 1. April d. J. 109 384 Mtl. Die Zahl der Versicherungsab-schlüsse war im letzten Jahre be-trächtlich größer als im vorhergegangenen Jahre, dem ersten seit Gründung der Kasse.

— Das Gewerkschaftshaus und die Zenträlherberge der Gewerkschaften in Feuerbach bei Stuttgart befindet sich im Gasthaus zum Hirsch. Die Zureisenden finden dort gute Aufnahme bei niedrigster Preisberechnung, welche unter Kontrolle der Gewerkschaften steht.

Name der Zahlstelle	Einnahme pro 4. Quartal		Ausgabe pro 4. Quartal												Bemerkungen			
	1. Okt. 1897	31. Dez. 1897	Eintrittsgelder	Beiträge	Sonstige Einnahmen	Summa	An die Hauptkasse abgeführt	Reiseunterstützung	Arbeitslosenunterstützung	Gemeinnützige Unterst. d. Arbeiter	Rechtschutz	Agitation	lokale Ausgaben	Kassenbestand 31. Dez. 1897		Summa	Für d. Unterst. d. Arbeiter abgeführt	Für d. Streifenfonds abgeführt
Aachen	7	25	—	22,40	1,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Affenburg	118	67	235,94	104,—	8,50	5,80	2,58	88,48	11,20	6,10	—	—	—	—	—	—	—	—
Augsburg	45	32	—	52,—	1,70	6,50	—	843,44	105,70	45,86	—	—	—	—	—	—	—	—
Barmen	—	42	—	—	—	—	—	77,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bamberg	92	95	—	—	—	—	—	—	98,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Berlin	248	250	295,87	844,—	14,70	—	—	654,57	409,80	5,82	—	—	—	—	—	—	—	—
Böblingen	18	20	—	—	—	—	—	—	187,90	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Braunschweig	19	19	1,92	42,40	2,10	4,10	—	87,52	32,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bremen	50	42	56,95	54,40	1,90	7,50	—	121,75	42,90	2,30	—	—	—	—	—	—	—	—
Bremen	—	22	—	56,—	0,90	—	—	71,90	57,90	7,85	—	—	—	—	—	—	—	—
Buchum	69	76	111,85	164,—	6,90	19,50	38,80	345,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Cassel	110	116	94,14	200,—	10,—	25,—	48,63	383,77	125,—	11,—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz (E.-M.)	23	22	6,25	42,40	2,10	5,80	—	49,80	7,75	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	16	14	40,99	30,40	1,40	3,80	—	78,59	18,40	4,30	—	—	—	—	—	—	—	—
Essen a. Rh.	36	35	16,55	52,80	1,70	—	—	77,05	—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—
Darmstadt	30	28	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dessau	35	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dortmund	96	105	139,40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Duisburg	45	42	30,10	61,60	—	10,60	—	189,40	442,38	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Düsseldorf	51	60	26,86	168,—	7,40	19,20	—	104,80	58,80	10,80	—	—	—	—	—	—	—	—
Dresden (E.-M.)	239	243	95,02	426,40	15,80	55,—	—	281,46	181,60	11,—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dresden	54	57	21,40	84,—	3,80	—	—	604,22	369,80	14,40	—	—	—	—	—	—	—	—
Eberfeld	53	55	60,81	132,—	—	—	—	255,30	—	12,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Erfurt	65	65	91,74	144,80	5,70	15,10	100,—	198,81	89,20	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Eisenberg	26	24	25,40	33,60	1,50	4,20	—	363,34	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eisenach	29	33	53,71	76,—	3,30	9,50	—	65,70	49,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erfurt	35	46	20,60	104,80	4,40	13,10	—	145,51	76,10	21,70	—	—	—	—	—	—	—	—
Erlangen	85	89	81,98	195,60	10,10	6,50	62,20	152,90	100,50	18,—	—	—	—	—	—	—	—	—
Fleisburg	19	21	56,40	44,60	2,10	—	—	366,38	270,—	5,60	—	—	—	—	—	—	—	—
Frankfurt a. M.	468	504	502,34	1122,40	45,60	137,70	—	106,10	42,40	15,—	—	—	—	—	—	—	—	—
Frankfurt	53	62	61,34	143,20	5,40	17,70	—	1844,04	1061,10	26,20	—	—	—	—	—	—	—	—
Freising	30	20	115,05	32,80	1,80	1,80	—	238,64	141,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Fürth	105	102	129,80	241,60	8,80	30,20	—	153,45	98,40	6,90	—	—	—	—	—	—	—	—
Friedberg	7	8	6,52	—	—	—	—	437,08	247,20	8,10	—	—	—	—	—	—	—	—
Freiburg i. B.	35	45	93,50	87,80	—	—	—	6,52	12,92	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gera	40	46	21,44	112,80	4,10	12,10	—	135,30	100,—	14,15	—	—	—	—	—	—	—	—
Gießen	25	25	18,10	52,80	2,50	7,—	9,60	174,44	39,20	9,45	—	—	—	—	—	—	—	—
Gmünd	46	47	44,52	79,20	—	—	—	93,—	28,80	25,97	—	—	—	—	—	—	—	—
Göppingen	8	8	8,42	—	—	—	—	132,72	28,40	5,89	—	—	—	—	—	—	—	—
Gotha	16	16	—	46,40	1,50	4,50	12,10	8,42	9,22	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gr.-Gerau	9	8	23,90	18,40	0,60	2,30	—	66,50	47,—	4,80	—	—	—	—	—	—	—	—
Hagen	20	26	14,15	67,20	2,90	8,—	—	53,20	3,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Halberstadt	34	38	—	—	—	—	—	96,25	45,—	6,20	—	—	—	—	—	—	—	—
Halle	21	18	—	—	—	—	—	—	38,40	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Halle a. S.	59	70	59,90	138,40	5,70	16,90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg (Sektion der Brauer)	152	154	49,30	305,—	10,30	19,10	—	226,90	122,50	17,15	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg (Sektion d. Hilfsarbeiter)	380	405	618,15	536,40	26,60	26,60	—	390,70	210,—	22,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamm	35	46	—	109,60	3,90	13,70	—	1234,75	500,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannau	40	39	25,25	—	—	—	—	137,20	115,—	21,80	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	303	359	94,90	615,20	—	—	—	25,25	45,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Harburg	10	8	—	17,50	—	—	—	754,10	450,—	25,29	—	—	—	—	—	—	—	—
Heidelberg	42	37	35,82	68,—	—	—	—	17,50	17,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Heidenheim	23	28	36,63	55,20	1,30	—	—	106,82	43,02	16,20	—	—	—	—	—	—	—	—
Heilbronn	67	67	54,78	150,40	6,70	18,80	—	110,13	25,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hildesheim	26	28	5,30	—	—	—	—	244,68	129,80	11,80	—	—	—	—	—	—	—	—
Hof	42	43	98,88	110,40	—	—	—	5,30	38,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kaiserslautern	26	15	—	—	—	—	—	221,28	70,—	7,—	—	—	—	—	—	—	—	—
Karlshöhe	42	52	—	98,40	2,80	11,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kiel	38	38	77,91	91,20	3,80	11,40	—	122,90	49,13	9,78	—	—	—	—	—	—	—	—
Kulmbach	22	49	32,38	60,80	2,30	—	—	189,31	39,10	10,90	—	—	—	—	—	—	—	—
Kulmbach	33	54	53,61	93,60	—	—	—	133,48	86,40	5,46	—	—	—	—	—	—	—	—
Kandshut	33	54	18,60	19,20	1,90	1,90	—	199,21	122,20	1,75	—	—	—	—	—	—	—	—
Koblenz	9	7	—	—	—	—	—	45,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick (E.-M.)	54	49	42,94	162,40	—	20,30	—	42,94	98,29	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Koblenz	81	89	6,30	55,20	2,40	—	—	198,—	151,10	2,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	22	22	20,07	—	—	—	—	84,67	51,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	9	9	63,37	—	—	—	—	63,37	54,87	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick (E.-M.)	61	29	107,14	35,20	1,40	4,60	—	149,36	53,40	20,89	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	242	262	811,58	441,60	12,50	—	—	1309,68	500,—	16,30	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	19	—	52,60	20,80	0,30	2,40	—	33,50	11,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	20	25	—	45,60	—	—	—	108,20	43,20	11,10	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	29	31	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	607	539	470,48	1090,40	—	—	—	75,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	16	15	—	—	—	—	—	1575,38	500,—	126,31	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	36	35	130,04	84,—	3,40	10,30	—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	124	128	181,35	288,80	12,—	36,10	41,85	229,74	71,20	12,80	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	35	32	—	76,40	3,—	9,—	—	580,10	410,15	22,—	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	8	12	8,—	—	—	—	—	105,40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	11	13	32,70	33,60	1,20	7,20	—	8,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	50	46	121,06	91,20	7,60	7,60	—	77,70	54,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	40	4	118,68	—	—	—	—	232,46	188,85	5,10	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	70	50	—	126,50	—	—	—	118,68	87,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	13	19	29,85	34,40	1,30	4,30	3,40	126,50	32,97	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	12	12	—	—	—	—	—	76,25	34,80	0,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	53	45	—	44,80	2,—	5,70	10,—	16,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	10	12																